

Einmal wöchentlich. Bezugspreis für Juni 3,00 M. einschl. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 Pf., die 2. Spalte 15 Pf., die 3. Spalte 10 Pf. Die 4. Spalte 5 Pf. Die 5. Spalte 3 Pf. Die 6. Spalte 2 Pf. Die 7. Spalte 1 Pf. Die 8. Spalte 1 Pf. Die 9. Spalte 1 Pf. Die 10. Spalte 1 Pf. Die 11. Spalte 1 Pf. Die 12. Spalte 1 Pf. Die 13. Spalte 1 Pf. Die 14. Spalte 1 Pf. Die 15. Spalte 1 Pf. Die 16. Spalte 1 Pf. Die 17. Spalte 1 Pf. Die 18. Spalte 1 Pf. Die 19. Spalte 1 Pf. Die 20. Spalte 1 Pf. Die 21. Spalte 1 Pf. Die 22. Spalte 1 Pf. Die 23. Spalte 1 Pf. Die 24. Spalte 1 Pf. Die 25. Spalte 1 Pf.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unentf. u. d. Fernruf Übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verlebene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Stulp - Handschuhe für Fahnenträger Wildlederartikel Lederhosen Krawatten Hosenträger Reithöschen A. L. Hübner, Wwe Hof, Dresden A., Pillnitzstr. 25

Sächsische Volkszeitung

Palzmoden Umarbeitung Reparatur Aufbewahrung A. Vonier Dresden Streblener Str. 8 Ruf 43477

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden-N. 1, Pillnitzstr. 17. Telefon 21012. Verlagsbüro Dresden 14797. Druckerei: Welfeng & Reiche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-N. 1, Pillnitzstr. 17. Telefon 21012.

Ausführung aller Arten von Möbeltransporten Lagerung

Eduard Geucke & Co., G. m. b. H., Dresden
Fernsprecher 20056 und 23811
Freiberger Straße 37/39 und Banksstraße 3

Spedition nach allen Erdteilen Wohnungstausch

Ein notwendiger Rückblick

Als am 20. Juni große Teile der katholischen und Zentrumswählerschaft ihre Stimme für den Volksentscheid abgegeben hatten, glänzten viele schadenfrohe Gesichter, und ein Chor von ehrlichen Heuchlern sagte es laut und feierlich, daß nun die letzte Stunde des Zentrums und sogar die des Katholizismus geschlagen habe. Ihr Mitleid war so groß, daß sie für einen Augenblick aus der Rolle der Schimpfenden und Volterrenden herausfielen und mit „treunationalem“ Augenaufschlag sich vor diesem gewaltigen Unglück bekehrten. Man war ja freilich immer Gegner gewesen, aber wenn der Gegner schon im Sterben liegt, dann zeigt man sich diesem Sterbenden gegenüber recht fromm und kultiviert.

Wierzehn Tage waren nun seit dem 20. Juni vergangen, da trat am Sonntag in Berlin das Zentrum zu einer bedeutungsvollen Sitzung zusammen. Und das Resultat? Dr. Wirth, der große und ehrliche Republikaner, kehrt in die Fraktion zurück, sagt seine vollste und innerste Aktivität in den zukünftigen Kämpfen des Zentrums zu, und am Abend des Sonntag sieht die gesamte Partei der Mitte plötzlich so stark vor aller Welt da, wie kaum je zuvor. Nicht allein der unglückliche Einzelfall Wirth ist geklärt, sondern ganz allgemein tritt die innere und äußere Geschlossenheit der Partei überwältigend in die Erscheinung. Alles Mitleid der Gegner war vergebens, alle Gebete um „Erlösung von dem Uebel der Mitte“ fruchteten den frommen Heuchlern nichts. Es kam anders als man wünschte. — Und nun kann der Kampf von neuem beginnen, die Maske ist überflüssig.

Die Tatsache nun, daß am Sonntag in Berlin die Tagung so außerordentlich günstig verlief und stärkste Unterschiede überwand, so daß Stegerwald, Brauns und Wirth nun in einer einzigen Kampffront stehen, soll uns Veranlassung sein, einen Rückblick auf die letzte Vergangenheit zu werfen. Denn es sind hier für die breite Wählerschaft noch Dinge zu klären, die man nicht übersehen darf. Wir glauben, es nicht verantworten zu können, einfach mit schöner Geste den Sonntagserfolg zu registrieren und damit einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Das sind alte Methoden, die nie etwas getaugt haben, und wobei die Masse mit ihren Gedanken und Bedenken immer zu kurz kam. Und so sehr wir von der erfolgten Einigung und Stärkung der Mitte Kenntnis nehmen, so fühlen wir uns doch gezwungen, restlos in die Gefühle der Masse hineinzuleuchten, um eine volle Klarheit zu bewirken.

Daß tatsächlich am 20. Juni eine bedeutende Zahl von Zentrumsanhängern und Katholiken für die Enteignung der Fürsten gestimmt hat, steht fest. Und darum verlangt man nach einer doppelten Aufklärung. Nämlich: ob in der Tat ein Disziplinbruch seitens der Parteimitglieder vorliegt, weil sie der Parole der Fraktion nicht folgten, und ob man von einer Aufhebung der Katholiken gegen die kirchliche Autorität der Bischöfe sprechen kann, die ja eine Erklärung gegen die völlig entschuldigungslose Enteignung abgegeben hatten. Mit bedauerlichem Kleinmut geht die Zentrums- und katholische Presse des Reiches der Erörterung solcher Dinge aus dem Wege, gestilltlich darauf bedacht, ja nirgends anzustößen, keinem Fraktionsmann zuzuhören.

Rein statistisch ist folgendes zu sagen: Von insgesamt 35 Wahlkreisen sind in 21 Wahlkreisen am 20. Juni mehr Stimmen für die Enteignung abgegeben worden, als bei den letzten Reichstagswahlen die vereinte Linke samt Demokraten an Stimmen aufgebracht hatten. Gerade in den Bezirken, in denen die Zentrumspartei ihren Haupteinfluß hat, sind hunderte Tausende von Mehrstimmen abgegeben worden. So z. B. in Westfalen-Nord 86 000 Stimmen, in Westfalen-Süd 173 000, in Köln-Aachen 194 000, in Baden 178 000. Nämlich wäre es falsch, wollte man all diese Mehrstimmen — in anderen katholischen und Zentrumsbezirken liegen die Dinge ähnlich — ohne jede Einschränkung auf das Konto der katholischen und Zentrumswählerschaft setzen. Die durch die übermäßigen Forderungen der Fürsten verärgerten Anhänger der Rechtsparteien sind genau so gut an diesen Stimmen beteiligt. Immerhin aber bleibt der zweifelhafte Anteil für Zentrum und Katholiken so gewaltig groß und beachtenswert, daß man darüber nicht zur Tagesordnung übergehen kann.

Frankreichs Kampf um die Stabilisierung

Von unserem Pariser Vertreter

Paris, 6. Juli.

Das französische Volk scheint jetzt entschlossen zu sein, ein Ende mit dem Frankfurter zu machen. Sollte die jetzige Regierung ein Misserfolg erlangen oder zu einem Mißerfolg gelangen, dann würde das Volk die Auflösung der Kammer verlangen und ein großer Teil der Nation nach einem Diktator schreien. Heutzutage, was das Publikum jetzt will, ist doch schon eine Art Diktatur, d. h. eine Regierung, die ohne die Kammer regiert und energische Maßnahmen ergreift, eine Regierung mit Vollmachten versehen, ähnlich der deutschen Regierung, die Ende des Jahres 1923 die Rentenmark eingeführt hat. Frankreich will also eine Währungsreform. Nun die Regierung will es auch. Welche aber, das ist die Frage!

Allem Anschein nach wird also Caillaux die Stabilisierung des Francs mit einem Kurs von 170-175 für das Pfund und 30-32 für den Dollar vorschlagen. Gewissen Informationen nach hatten die Sachverständigen den Kurs von 175-200 für das Pfund und 35-40 für den Dollar angegeben. Das soll nicht richtig sein und nur unter Vorbehalt nennen wir daher den angegebenen Kurs von 170-175 für das Pfund resp. 30-32 für den Dollar.

Die kann aber die Stabilisierung erreicht werden? „Nur durch innere Maßnahmen“, sagen zahlreiche Abgeordnete, Politiker und Wirtschaftler; höchstens dürfte die Regierung ihre Sparanstrengungen und Einschränkungsmassnahmen und sonstige Mittel durch sehr geringe ausländische Kredite unterstützen. Die Angst vor den Anleihen hat die für die Regierung unangenehme Intervention von Tardieu am letzten Dienstag hervorgerufen. Die Gefahren solcher Kredite sind zwar nicht zu unterschätzen, sie können leicht, und das ist schwer zu vermeiden, zu einer Abhängigkeit Frankreichs dem Auslande gegenüber führen und das will die öffentliche Meinung absolut nicht. Deswegen ist sie gegen die Notifikation ohne weiteres des Abkommens Mellon-Beranger. Nun, ohne diese Notifikation kann Frankreich keine Kredite von Amerika bekommen und ohne ein Finanzabkommen mit England ähnlich dem amerikanischen kann es keine Anleihe in England erhalten. Könnte es etwas mit Spanien erreichen? Vielleicht, es würde aber jedenfalls nur eine beschränkte Hilfe sein können.

Soll man hier erwähnen, daß einem Gerüchte nach, Deutschland Briand und Caillaux angeboten hätte, Frankreich finanziell zu unterstützen, falls es den Kredit räumen würde? Ist dieses Gerücht ernst zu nehmen?

Es ist nicht das erste Mal, daß man so etwas hört. Die öffentliche Meinung in Frankreich würde ein solches Abkommen, vor allem unter einem Ministerium Caillaux, schwerlich annehmen und wir glauben kaum, daß dieser Minister es wagen würde, dies zu tun. Seine Lage ist schon ohnedies schwierig genug.

Was wird nun die französische Regierung tun? Sie wird wahrscheinlich einige Maßnahmen ergreifen, wie das italienische Kabinett dies gemacht hat. Sie wird, dem Ratsschlusse der Sachverständigen folgend, ausländische Kredite zur Stabilisierung des Francs aufnehmen wollen. Wird sie aber dabei bestehen können oder nicht? Das ist schwer vorzusagen. Jedenfalls läßt das neue Ministerium Briand erklären, um die öffentliche Meinung vorzubereiten, daß das Gold der „Banque de France“ als Sicherheit für eine Anleihe dienen kann, aber ohne aus Frankreich herausgehen zu sollen, und daß dieses Gold nicht als einziger Faktor für die Regulierung des Devisenwechsels betrachtet werden soll. Man wird ihm vorwerfen, daß er einen inneren Bankrott Frankreichs hervorruft, wenn er den Francen zu einem so niedrigen Kurs wie 170-175 stabilisiert, daß er Frankreich unter die Abhängigkeit Englands und Amerikas stellt, daß er das Gold der „Banque de France“ in Obletse legt. Der Kampf wird schwer sein. Aber nur wenn die Regierung fest ist und bleibt, wird sie Aussicht haben, eine Mehrheit für ihre Entschlüsse zu bekommen.

Was man jetzt von einer französischen Regierung erwartet, ist die Festigkeit. Sie kann zwar gestürzt werden, sie muß aber das Risiko annehmen. Ihr Sturz würde sicher sein, entweder gleich oder nach einiger Zeit, wenn sie keine bestimmte Lösung vorschlagen würde. Frankreich erwartet jetzt Tatsachen, Entschlüsse und energische Maßnahmen. Das Volk ist bereit, Opfer anzunehmen, wenn es fühlt, daß das Kabinett einen festen Plan hat; es wird nicht ohne Kriech gehen; es würde aber mit Resignation und Selbstsucht zielbewusste Verfahren annehmen und der Regierung Vertrauen für einige Zeit schenken, bis es sieht, wie die Ergebnisse sind.

Man erkennt, daß die Lage sehr ernst ist und nur durch einen harten Kampf verbessert werden kann. Man hört überall diese Mahnung: „Regierung werde hart!“ und das ist für das Kabinett Briand eine gute Unterlage. Ein gewisser Fortschritt ist also inzwischen eingetreten, indem die öffentliche Meinung immer mehr Festigkeit verlangt. Dagegen wird der weitere Sturz des Francs als ein Zeichen der Unsicherheit der Pläne der Regierung betrachtet. Die Spannung ist groß. Fernand O'Fanne.

Wir müssen die Dinge also ganz öffentlich beim richtigen Namen nennen: Es liegt seitens der Zentrumswählerschaft ein direkter Vorstoß gegen die offizielle Parteiparole vor. Diese Tatsache, die wir zunächst ohne Tadel oder Gutbeißung feststellen, ist nicht aus der Welt zu leugnen. Wie war der Vorstoß möglich?

Wir wiesen schon am Tage nach der Abstimmung darauf hin, daß die gewaltige Zahl der Ja-Sager der Reichsregierung ein ganz unzweideutiges Misstrauensvotum ausgesprochen hätten. Und an dieser gewaltigen Zahl ist das Zentrum in starkem Maße beteiligt. Das Vertrauen zur Führung war nicht mehr vorhanden und zwar — was uns hier am meisten interessiert — nicht allein zur obersten Führung des Reiches, sondern auch zur obersten Führung der Zentrumspartei selbst. Sonst wäre es undenkbar, daß man einen Befehl dieser Instanz einfach außer Acht lassen könnte.

Manche Vorkommnisse der letzten Monate waren dazu angetan, Unzufriedenheit im Lande erstehen zu lassen. Man könnte hier vieles aufzählen: Das Verhalten der Zentrumsminister im Kabinett Luther bei der Flaggenfrage. Unter Zustimmung Marx hat Luther bekanntlich die völlig unnütze und so viel Aerger erzeugende Flaggenverordnung erlassen. Und als Luther gestürzt war, hielt es Marx als Kanzler noch für notwendig, im Reichstag in breiter Form nochmals die Rechtmäßigkeit der Verordnung zu betonen. Wenngleich einer der Meinungen sein konnte, daß man die Verordnung nicht aufzuheben brauche, weil sie sich von selbst bis zur Schaffung der neuen „Einheitsflagge“ erledige, so hätte man doch eine andere zurückhaltendere und das Empfinden des Volkes nicht verletzende Form der Kanzlerrede in dieser Frage erwartet. Und schließlich kam auch noch unter dem Kanzler Marx die Verordnung des Auswärtigen Amtes heraus, wonach so schnell wie möglich — noch schneller, als man es hätte von Luther

vermuten sollen — die ausländischen Konsulate die neue Verordnung zur Durchführung bringen sollen. In alle Öffentlichkeit wurde das hinausposaunt. — Und dann beispielsweise das Verhalten des Kanzlers Marx in der Affäre des Hindenburg-Briefes. Marx hielt es im Reichstag nicht für nötig, in aller Offenbarkeit gegen die Auffassung des Reichspräsidenten, der dem Herrn Loebell den Mißbrauch seines Briefes gar nicht übel nahm, vorzugehen. Ja, er stellte sich sogar noch schüchtern vor diese Dinge. So daß die eigene Fraktion gegen diese Auffassung des Kanzlers eine unzweideutige Erklärung abgeben mußte. — Und weiter hat der Umstand, daß die Reichsregierung den Kompromißantrag in der Fürstenabfindung für verfassungswidrig erklärte und dadurch sein Zustandekommen erschwert, gerade nicht beruhigend im Volk gewirkt. Und nicht zu vergessen jene andere Tatsache, daß das Kabinett Luther — zu dem ja Marx auch gehörte — eine so mangelnde Initiative in der Fürstenabfindung an den Tag legte, mit anderen Worten: fast völlig tatenlos aufblauete.

Man könnte noch weitere Vorkommnisse anführen, die alle in der gleichen Richtung liegen. Aber die genannten allein genügen schon, um zu verstehen, daß allmählich das Vertrauen zu der Regierung und — weil der Kanzler gleichzeitig Führer des Zentrums ist — das Vertrauen zur Initiative und Aktivität der Zentrumsleitung in nicht unbedeutendem Maße schwinden konnte.

Wenn wir diese Mängel hervorheben, so soll damit nicht gesagt sein, daß nun wirklich die Politik des Zentrums schlechthin nichts mehr getaugt hätte. Davon ist gar keine Rede. Im Gegenteil: noch niemals ist die Erkenntnis, daß einzig und allein die Politik der Mitte uns dem allmählichen Aufstieg wieder zuführt, so groß gewesen wie heute. Das Gute an einer Partei aber fällt bekanntlich erst immer zuletzt in die Augen, zuerst fallen die Fehler auf und stoßen ab. Wenn so herzerquickende Sachen wie

Fürstenabfindung zur Debatte stehen, dann redet man nicht von der ungeheuren Arbeit und von der Fülle der Verantwortung, die das Zentrum als Regierungspartei trägt.

So herrschte also in einem bestimmten Teil der Wählererschaft ein Mißtrauen gegen die Zentrumsleitung vor, das stark genug war, um den Glauben erstere zu lassen, daß Regierung und Zentrum nach dem 20. Juni eine bessere Lösung finden würden, als der Volksentscheid es war.

Um aber die Sache nicht einseitig zu nehmen, wollen wir auch das andere nicht vergessen. Es gab auch solche unter den Ja-Sagern am 20. Juni, die in ihrer Kurzsichtigkeit noch über andere falsch verstandene und falsch beurteilte Vorkommnisse „verärgert“ waren, wie etwa darüber, daß das Zentrum keine 100prozentige Aufwertung gemacht oder daß es in der Wahlfrage nicht dem Gemeinbestimmungsrecht zum Siege verholfen oder ähnliche Wünsche nicht erfüllt habe.

Wir müssen also gewissermaßen zwei Hauptgruppen unter den Ja-Sagern vergleichen. Die Vorbedingungen für die einen erwachsen aus der falschen Taktik gewisser führender Männer, die für die anderen aus der eigenen allzu einseitig eingestellten Gefühlsmotiv.

Muß man nun den Vorstoß gegen die Zentrumsparole — und das ist das Wichtigste — gleichzeitig auch als Disziplinbruch ansehen? Auf Grund der gemachten psychologischen Darlegungen müssen wir das für die erste Gruppe verneinen. Wenn nämlich jemand in der Tat davon überzeugt gewesen ist, daß er der Zentrumsleitung oder dem Führer des Kabinetts kein Vertrauen in der Regelung der Abfindungsfrage entgegenbringen könne, und wenn er deshalb glaubte, aus seiner Gewissenspflicht heraus, das kleinere Übel, den Volksentscheid, lieber zu wählen, als durch Stimmenthaltung oder Neinstimme einem größeren Übel nach dem 20. Juni zum Siege zu verhelfen, so kann man ihn nicht des Disziplinbruchs beschuldigen.

Jene andere Gruppe allerdings, die ohne Heberlegung handelte und ganz aus Verärgerung ihren Gefühlen folgte, oder jene, die zwar halb ein ehrliches Mißtrauen gegen die Führung besaß, bei denen aber dennoch schließlich die aus kurzfristiger Verärgerung entstandenen Gefühle den Ausschlag gaben, bewegen sich natürlich auf gefährlichen Bahnen, für die wir hier keine Entschuldigung geben wollen.

Nachdem nun diese rein politische disziplinäre Seite geklärt ist, ist es ein Leichtes, auch die Frage zu beantworten: liegt bei den katholischen Ja-Sagern ein Vergehen gegen die kirchliche Autorität der Bischöfe vor? — Die Rundgebung der deutschen Bischöfe war ganz und gar aus religiös sittlichen Erwägungen hervorgegangen und sollte ganz allgemein dazu dienen, der Bewirkung sittlicher Grundsätze — die aus Anlaß der Fürstenabfindung in erhöhtem Maße Maß gegriffen — entgegenzutreten. Jedem Staatsbürger ohne Ausnahme mußte das gleiche Recht zuteil werden.

Zwischenfälle im Thüringer Landtag

Weimar, 6. Juli. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages gab der Abgeordnete Dr. Dinter (Nat.-Soz.), durch ständige Zwischenrufe der Linken unterbrochen, eine Erklärung seiner Fraktion über die Vorgänge anläßlich des nationalsozialistischen Parteitagess in Weimar ab.

Das gerichtliche Nachspiel zum Fall Böfle

Berlin, 6. Juli. Nach einer Blättermeldung ist die Disziplinarkommission gegen den Gefängnisarzt Medizinalrat Dr. Böfle in der Angelegenheit Böfle soweit fortgeschritten, daß die Disziplinarkommission die Klage erhoben hat. Die Hauptverhandlung vor dem Disziplinarrichtern wird voraussichtlich nach den Gerichtsferien stattfinden.

Die Sehnsucht nach dem Rechtsblock

Berlin, 6. Juli. Seit Frühjahr 1931 besteht im preussischen Staatrat eine Arbeitsgemeinschaft, der vorwiegend Mitglieder der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angehören. Dieser Tage hat diese Arbeitsgemeinschaft ein vom Vorsitzenden Professor v. Gahl und dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Jarres unterzeichnetes Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der genannten Parteien gerichtet, in dem sie unter Vermeidung einer einstimmig gefaßten Entschlieung der Arbeitsgemeinschaft an die „im höchsten Sinne des Wortes staatsverfehlenden“ Parteien die Aufforderung zur Bildung einer erweiterten Arbeitsgemeinschaft richten.

In der Rechtspreffe wird diese Entschlieung mit großer Begeisterung hingenommen (wohl ein Beweis, daß man die

eine ganz vortreffliche Interpretation gewertet werden. Sie gibt — zwar mit einer entsprechenden Zurückhaltung, aber dennoch ganz bestimmt und konkret — die Anwendung auf den Einzelfall. Nachdem auch hier ganz allgemein die entschuldigungslose Entschlieung verworfen worden ist, heißt es — gleichsam als Begründung für die Aufforderung zum Neinstimmen am 20. Juni: „Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß nach Erledigung des Volksentscheides die geschwebenden Faktoren bei erneuter Prüfung der Angelegenheit zu einer Entschlieung gelangen, die ebenso mit den sittlichen Forderungen der Gerechtigkeit wie mit der Notlage des Volkes und den Anforderungen des Volkswohls vereinbar ist.“

Die Erklärung der Bischöfe ist darum als eine Schärfung der Gewissen zu werten. Da es sich nicht um Glaubenssachen handelte, wo die vorschristliche Lehre der Kirche ihre Berechtigung hat, sondern um die Entscheidung in einem praktischen Einzelfall, bei dem hundert politische Momente mitspielen, so blieb das letzte Urteil dem einzelnen selbst vorbehalten.

Bei einer Rückschau auf den 20. Juni kann man also wohl von einem Vorstoß gegen die offizielle Zentrumsparole reden, aber nicht von einer Mißachtung des Autoritätsgedankens schlechthin — weder in politischer noch kirchlicher Hinsicht. Natürlich meinen wir jetzt nur die Wähler, die sich auch wirklich nach ihrem Gewissen richteten, diesem ausschlaggebenden Faktor bei allen Entscheidungen. Daß es auch da wiederum irrende — und auch schuldhaft irrende Gewissen geben kann, braucht uns in den heutigen Zeitläuften nicht verwundern.

Wir dürfen diese Feststellungen um so eher machen, weil uns niemand der Verantwortung des Volksentscheides beschuldigen kann. Wir waren Volksentscheidsgegner und haben mit Nachdruck unsere Leser aufgefordert, nicht mit Ja zu stimmen. Weil aber nun die Tatsache einmal vorliegt, daß eine große Zahl Katholiken und Zentrumsleute für den Volksentscheid sich eingesetzt haben und jeder Leser eine Aufklärung darüber verlangt, ob man von Disziplinbruch oder dergl. bei diesen Wählern reden könne, so mußte diese Situation hier einmal behandelt werden. Und zwar unter dem Motto der Gerechtigkeit, denn damit kommt man nicht weiter, daß man die gesamten Ja-Sager einfach als „Eigentümerüber“ oder dgl. abtut. Man mußte die Gründe untersuchen, um auch gleichzeitig einen Weg für die Zukunft zu fin-

den. Wollten wir jetzt nicht ganz offen und klar reden, so könnte das in der Zukunft noch sehr schlechte Wirkungen haben. Denn daß wir wieder — auch rein äußerlich und formell — zu Autorität und Ordnung in der gesamten Wählererschaft kommen müssen, ist ganz selbstverständlich. Um diesen Weg zu beschreiten, mußte man aber wissen, wie es kam, daß eine teilweise Autoritätslosigkeit im Zentrum und katholischen Lager eingetreten war.

Das Angebot der Hohenzollern

Berlin, 6. Juli. Der Generalbevollmächtigte der Hohenzollern v. Berg erklärte sich den Blättern zufolge in einem Schreiben an die preussische Regierung bereit, die Vergleichsverhandlungen auf der Grundlage des Vertrages vom 12. Oktober 1925 möglichst bald wieder aufzunehmen. — Diese neue Initiative des Hauses Hohenzollern wird unter anderem damit begründet, daß die zur Abänderung des Vertrages vom 12. Oktober 1925 eingeschlagenen Wege, der Volksentscheid sowie auch die rechtliche Regelung zu keinem Ergebnis geführt haben.

Vor vierzehn Tagen hatte die ziemlich rechts stehende „Kölnische Zeitung“ eine andere Seite der Frage angeschnitten. In einem offenen Schreiben an Herrn v. Berg hatte sie erklärt, daß es noch eine letzte Möglichkeit für die Hohenzollern gäbe, die Zustimmung in etwa zu ihren Wünschen auszuföhnen: ein weitestgehender Vergleich auf einen bestehenden Teil der vermeintlichen Ansprüche. Auf diesen Vorschlag ist das Organ ohne jede Antwort geblieben. Wenn aber die jetzt gemeldete näherne Bereitschaftserklärung zu neuen Verhandlungen eine Antwort darauf sein soll, so zeigt sie nur erneut, wie wenig tatsächliche und psychologische Verhandlungen man in Bonn ausführen vermag, und wie nötig vorläufig das unbedingte Festhalten an der Forderung einer rechts gesetzlichen Regelung ist und bleibt. Vielleicht aber ist der gegenwärtige Vorschlag doch noch der Auftakt und Befestigung und zwar so, daß man durch einen wirklich brauchbaren Vergleich noch zu etwas Vernünftigem, das beide Teile befriedigen könnte, kommt.

Eine allseitige Gewissensforschung — sowohl der Parteileitung wie der Wähler — wurde also nach dem 20. Juni notwendig. Etwas sehr Wichtiges war ohne Zweifel verlorengegangen: Das Vertrauen gegeneinander. Das voll und ganz wieder herzustellen kann allein die Hauptaufgabe der nächsten Wochen und Monate sein. Die Tagung am Sonntag hat bereits die drückende Stimmung auseinandergerissen. Elektrische Spannungen sind aus der Luft herausgekommen ohne daß gewalttätige Donnererschläge erfolgt wären. Wirth der doch vielfach als Exponent der Unzufriedenen und von Mißtrauen gegen die Führung Getragenen galt, hat seine ganzen Bedenken zurückgestellt. Allerdings nachdem ihm von den prominentesten Führern der Partei, von Stegerwald und Brauns, bestimmteste Erklärungen gegeben waren, machte man Wirths Austritt aus der Fraktion f. Zt. noch so sehr mißbilligen und auch in anderen politischen Dingen anderer Meinung sein, die Achtung vor seiner Ehrlichkeit, vor seiner Heberzeugung und vor seinen genialen politischen Fähigkeiten, an die kein anderer unserer Zeit heranreicht, hat ihm kein Ehrlicher je verweigern dürfen. Wenn dieser Mann nun den Ernst der Stunde erkennt — in der Tat ist heute bei der Konzentrierung der Kräfte auf der Rechten sowohl wie auf der Linken eine Zeit größter politischer Entscheidungen gekommen — so wird offenbar auch die Zentrumsführerschaft das gewissermaßen als ein Zeichen dafür nehmen, daß auch sie ihre Bedenken nunmehr wirklich zurückstellen muß. Wirth hat kritisiert, und zwar scharf kritisiert und ist dabei auch dann und wann daneben geraten, aber er war ein ehrlicher Kritiker, der dann verstummt, wenn er Garantien hat, daß vorhandene Mängel beseitigt werden. Der dann von neuem in der geschlossenen Front kämpft.

Wir glauben aber nicht sehr zu behaupten, daß Wirth in erster Linie dem Gedanken der Autorität von neuem zum Siege verhelfen wollte. Er selbst hat nur in der Fraktion die Möglichkeit, dieser Autorität zu dienen. Und wenn irgendjemand, dann dürfte Wirth es wissen, daß die Volksmassen nur dann zur Ordnung und Autorität zurückzubringen sind, wenn auch wirklich Autoritätspersonen vorhanden sind, auf die das Volk, wenn nötig, sogar blindlings sich verlassen kann. Gerade in der Frage der Fürstenabfindung erwarten ja die Wähler in erster Linie von der Zentrumsleitung und nicht vom Kabinett, das so stetig wechseln kann, die gerechte Lösung. Und wenn das erste Kabinettsmitglied, der Kanzler Wirth, der gleichzeitig auch der Führer des Zentrums ist, durch sein verschiedentliches Verhalten das oben geschilderte Mißtrauen in der Wählerchaft erregte, so wird es eine Aufgabe der Fraktion sein, solchen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen. Wir glauben dafür Garantien zu haben.

Das Vorhandensein starker Führerpersönlichkeiten ist zwar die wichtigste, aber nur die eine Voraussetzung für eine Rückkehr zu Autorität und Ordnung. Die andere liegt auf Seiten der Wähler selbst: Jede Abweisung blinder Leidenschaft und gefühlsmäßiger Urteilskraft. Das Prinzip der Demokratie lehrt, daß die Menschen nicht ausschließlich kraft einer anderen menschlichen Autorität handeln, sondern aus eigener Willensbildung heraus: Wirben wir diesen Willen bei klarer Heberzeugung zu Recht und Ordnung heran. Und niemand lasse sich besonders in unserem so viel gelobten Lande der Freiheit von Agitation und Selbstsucht leiten.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten: Neigung zur Unbeständigkeit. Certlich Gewitter und damit verbunden Strichregen. Zunächst wenig Temperaturänderung. Nach Vorübergang der Wandstetter und Liverpool gestärkt. Da nur ein geringer der nächsten Tage: Noch zur Unbeständigkeit neigend.

König „Verkehr“

Man hätte sich, diesem Problem nachzudenken. Vor allen Dingen nicht auf „Verkehrsstraßen erster Ordnung“. Sonst ist man schon halb unter den Rädern. Kommt du aber zufällig mit dem Leben davon, dann hagelt es Flüche über Flüche. Zur Landrechtszeit beschimpfte man so die Pferde. Heute, da das Pferd berufslos geworden ist, müssen die armen Menschen herhalten. Unsere Welt ist zu nervös geworden.

Ich freute mich diebisch auf den 15. Juli. Nicht etwa deshalb, weil dann für andere Leute die Ferien losgehen, oder gar, weil an diesem Tage der Monat geteilt werden soll. Aber etwas Größeres steht uns bevor. Wenn der Dresdner an diesem Morgen aufstehen wird, dann ist seine Vaterstadt über Nacht „stark reaktionär“ geworden. Dann ist nämlich der alte Kastengeist, der angeblich gesünderen Anschauungen Platz gemacht haben sollte, sogar an allen Straßenecken von einiger Bedeutung öffentlich dokumentiert. An die Straßen, die sich besonders „verdient“ gemacht haben, (durch Verminderung der Einwohnerzahl Deutschlands nämlich) werden nämlich Ordensauszeichnungen in Form von giftigen Pfeilen verliehen. Es gibt da Orden 1. Klasse, 2. Klasse und sogenannte „Einbahnorden“. Die mit ihnen ausgezeichneten werden in einen neuen Weltstand versetzt und genießen außerordentliche östliche Vorrechte. Sie brauchen es nicht mehr zu dulden, daß einfache Proletarier mit Fahrbüchern ihr Pfaster „ruinieren“, oder daß die wilde Jugend mit Rollen auf ihnen lang saust.

Oh, ich fürchte, es wird viele schwache Menschen geben, die sich in diesen neuen Obrigkeitstaat, den der Verkehr als ungekrönter König regiert, nicht zu recht finden werden. Und das wird schlimm. Denn die Polizei dieses Verkehrsstaates hat den Heißtiff schon gespürt. Und dann heißt es nur noch, wenn wir uns widersetzen: „Kommt je mit, u-f-geschrieben in je schon!“

Wenn Schiller das geahnt hätte, dann hätte er die Ordnung nie heilig gesprochen! Nun aber läßt sich daran nichts mehr ändern. Bruder Mensch, ergib dich in dein Schicksal und beginne unerbittlich, die neue Verkehrsordnung auswendig zu lernen. Sonst ist es am 15. Juli zu spät und es erheischt sofort der Nachtrag zur Verkehrsordnung, den man bisher menschelicheitweise noch unterdrückt hat, daß jeder Fußgänger mit dem Gummiknüppel die neuen Vorschriften gelehrt bekommen soll.

Daß die Verkehrsordnung nötig ist, wird man ja zugeben müssen. Vor allen Dingen wenn man öfter in der Straßenbahn fährt. Dieses Gedränge in der Elektrischen ist längst polizeiwidrig. Und dieses Warten an den Haltestellen, vor allem wenn man es sehr eilig zur Vogelweide hat nicht minder. Wenn die Polizei hier einmal eingreifen würde, oder vielleicht besser die Feuerwehr, die doch das Schnellfahren versteht, sie könnte sich ein unvergängliches Verdienst erwerben. Sie könnte die Einwohner der sächsischen Landeshauptstadt von der ähstlen Nachrede befreien, daß sie ihre Zeit gekostet hätten. So weit geht unter Ehrgeiz noch nicht ganz. Judenack.

Dresden

Die Rosenfonderschau der Gartenbau-Ausstellung

Innerhalb der festlichen Veranstaltungen, die unter dem Namen „Dresden im Juli 1926“ in Gemeinschaft mit den Staatstheatern und der Jahreschau bis zum 18. Juli veranstaltet werden, fällt in der Zeit vom 10. bis 13. Juli die erste Rosenfonderschau der Gartenbau-Ausstellung. Rosenzüchter aus allen Teilen des Reiches werden hierzu ihre schönsten Rosenblumen ausstellen. Die Vorführung der vielen Rosenklassen und Rosenorten, angefangen von den bekannten und bewährten bis zu den neuesten Züchtungen, wird in mannigfaltigster Form erfolgen. Die große Halle, die man nach Durchschreiten der Eingangshalle an der Stübellecke betritt, soll die ungeheure Zahl blühender Rosen zu einer großen dekorativen Gesamtwirkung vereinigen. Die Mitte nimmt ein Rosenparterre ein, dessen Form durch Zusammenfassung besonders hierzu geeigneter Rosenorten farblich betont wird, und deren Steigerung in einer zentralen Gruppierung erfolgt. Die seitlichen Rabatten werden gleichfalls nach Farbideen mit roten, rosa und weißen Rosen besetzt. Ein hoher dunkler Rahmen aus Tannengrün, unterbrochen durch Pfeiler und Portale, wird das Ganze umschließen und im Verein mit schönen Vasen und Vasen zu einer ästhetischen Gesamtwirkung steigern. In einer weiteren Halle werden Tausende von langstieligen Schnittrosen in fast allen beachtenswerten Sorten sich aneinanderreihen. Hier wird es dem Besucher gleichzeitig ermöglicht, eingehende Sortenstudien zu machen, eine Gelegenheit, die kein Gartenbesitzer und Rosenfreund verpassen wird.

In der großen Halle, die anlässlich der zweiten Sonderchau den Wohnräumen vorbehalten war, unterzieht diesmal alles der Zellrose: Die Rose im Heim. Gerade die Frau wird sich für die reizvollen Tischdekorationen, für die vorbild-

„Turandot“ von Puccini

(Schluß).

Ein besonderer Vorteil dieses lyrischen Dramas muß aber in das gebührende Licht gerückt werden. Man bekommt nach der Flut des atonalen Wustes der letzten Jahre wieder einmal melodische Harmonien zu hören. Nichts verleiht und zerlegt die Gehörseroen. Die und jene melodische Stelle trägt man auch mit fort. Sie hat sich im Gedächtnis festgesetzt und behauptet sich in angenehmer Erinnerung. Bedarf es daher Verwunderung, wenn unmittelbar nach dem ersten Aufzuge begeisterter Beifall einsetzt? War es nicht nur eine Verstärkung dafür, daß man der längst entbehrten Melodie mit Sehnsucht geharrt hatte?

Attellisch laten auch die Bühnenbilder das Ihre. Der außerordentliche Prunk der großen Oper, der Reiz des Landes der Sonne, das ganze chinesische Milieu, Märchenstimmung, der Zauber längst vergangener Zeiten übten ihren unwiderstehlichen Zwang aus. Und nicht zuletzt die Aufführung selbst.

Unsere Oper hatte wieder einmal einen großen Tag, der an vergangene Zeiten erinnerte. Man hört zwar nicht gern von vergangenen Zeiten. Es ist jetzt nicht anders geworden. So behauptet man zeitigstens. Es muß doch aber nicht an dem sein. Sonst würde nicht von allen Seiten das Echo anderer Meinungen kommen. Schade nur, daß vier Götze den Premierenerfolg mit herbeiführten. Kurt Taucher war gezwungen, krankheitsbedingt von der Mitwirkung abzusehen, obwohl er die Partie des Kalaf vollkommen beherrschte. Ein Glücksumstand war es daher, daß Richard Taubert in Dresden sich aufhält. Am 30. Juni abends übernahm er die Partie. Am folgenden Tage hatte er die erste Studierprobe. Mit zwei Orchesterproben, deren eine die Hauptprobe war, bewältigte er die umfangreiche Aufgabe. Ein neuer Beweis für die Musikalität dieses erstklassigen Künstlers. Sein Kalaf war eine Meisterleistung ersten Ranges. Der große Erfolg ist ihm in der Hauptsache zu verdanken. Die ungarische Sängerin Anne Roselle fand ihm als Turandot ebenbürtig zur Seite. Diese leuchtende Stimme beherrschte die außerordentlich hochliegende Partie mit fabelhafter Leichtigkeit. Keine Spur von Ermüdung war zu hören. Das zarte, mimofen-

Die Ferien-Räumungsarbeiten im Landtag

Dresden, 6. Juli.

Die gestrige Sitzung des Landtages begann mit der Beratung des kommunalistischen Antrages auf Aufhebung der Strafverfolgung und Verhaftung des Abg. Büttcher (Komm.). — Abg. Gündel (D.) widerspricht dem kommunalistischen Antrage auf Schlafberatung und verlangt Ueberweisung an den Rechtsausschuß.

Es folgt die Beratung über den Gesetzentwurf über die Aufhebung von Behörden der evangelisch-lutherischen Landeskirche.

Abg. Sidmann (D.): Diese Vorlage sehe davon ab, die Frage der Abfindung der Kirche zu regeln, aber sie stelle immerhin einen Fortschritt dar. Der § 2, der festsetzt, daß durch die Aufhebung des evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats der Kreishauptmannschaft Bauhen als Konfessionsbehörde und der Kircheninspektion die Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche nicht berührt werden, zeige den einzig möglichen Weg, der auf dem Boden der Reichsverfassung möglich sei. Die Vorlage sei unbedenklich und er beantrage ihre Ueberweisung an den Rechtsausschuß. — Abg. Behrmann (Dem.): Auch seine Partei sehe das Gesetz als ersten Schritt der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche an. — Abg. Siegert (D.): Trotz mancher Bedenken würden seine Freunde der Vorlage zustimmen, da in der Begründung ausdrücklich gesagt werde, das Gesetz solle beiden Teilen, dem Staate und der Kirche dienen. — Abg. Siwert (Komm.): Seine Partei sehe in der Vorlage einen Versuch, eine Auseinandersetzung mit der Kirche herbeizuführen. Für die Aufhebung der kirchlichen Behörden würden seine Freunde stimmen, nicht aber für irgendwelche Entschädigungen der Kirche. — Abg. Bethke (N. Soz.): Seine Freunde würden der Vorlage zustimmen, weil sie einen Rechtszustand herbeiführen wolle. — Abg. Wacker (L. Soz.) erklärt, die schnelle Arbeit über eine solche Vorlage könne seine Partei nicht mitmachen. — Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. — Ferner steht zur Beratung der

Gesetzentwurf über den Versteck mit Grundstücken

(Grundstücksoverhehrgefeh). Ministerialrat Dr. Mittel begründet die Vorlage. Der Anzeigung, auch für Sachen das Vorkaufrecht aufzuheben, vermöge die Regierung nicht fortzugehen, da sie das gemeinliche Vorkaufrecht als ein gesetzliches Mittel zur Durchführung der Gemeindeförderung betrachte. Da die Aufhebung des Vorkaufrechts in erster Linie den Interessen einer gefunden Bodenpolitik dienen solle, sei das im geltenden Gesetz bestehende Vorkaufrecht für bebauten Grundbesitz beseitigt und den Gemeinden lediglich ein Vorkaufrecht für den unbebauten Boden eingeräumt worden.

Abg. Dr. Weigel (Dem.): Die Vorlage bringe eine kleine Besserung gegenüber dem bestehenden Rechtszustand, besonders

liche Anwendung der Rosen bei den verschiedensten Anlässen innerhalb ihres Bereiches interessieren. Nicht minder starke Anziehungskraft wird das herrliche Frühholz, Kirchen, Märkte und Beerenobst, das je nach der Größe der Freizeite in städtischen Rindchen zur Ausstellung gelangt, auf alle Kreise der Bevölkerung ausüben. Diese Erzeugnisse des heimischen Gartenbaues stellen dann hinüber zu der Halle mit Frühgemüse, die wiederum neben einer Reihe von Ausstellern, insbesondere der Gärtnervereine von Dresden und Umgebung, in bekannter hervorragender Qualität zeigen wird. Die Schönheit aller der vorgenannten Blumen und Früchte wird in erfreulicher Weise lebhaft ergänzt durch Blumen, die in Gewächshäusern gezogen sind und durch andere, die entsprechend ihrer Blütezeit im Kreislauf des Jahres anders im Juli die Gärten zieren.

Diese dritte Sonderchau, an deren Fertigstellung intensio gearbeitet wird, wird nicht nur den vorhergehenden Sonderchauen nicht nachstehen, sondern vielmehr zum Höhepunkt der diesjährigen Gartenbau-Ausstellung überhaupt überleiten. Die Rose, die Königin der Blumen, soll mit Recht auf der diesjährigen Gartenbau-Ausstellung ihre höchsten Triumphe feiern.

Ein jähbarer Denzettel

Einen Monat Gefängnis für eine Beleidigung

Dresden, 6. Juli. Ein Beleidigungsprozess mit volkstümlichem Hintergrund kam vor dem Schöffengericht Dresden zur Verhandlung. Die Anklage war erhoben worden gegen den aus Westfalen gebürtigen vierzigjährigen Zötlingsknecht Helmuth Julius Hermann Straßfeld, der beschuldigt wurde, den sächsischen Minister des Innern Müller beleidigt und in Beziehung auf ihn nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet zu haben. Vergehen nach den §§ 185, 186 StGB. Straffell bezogerte sich als Verleser und Propagandaleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Ortsgruppe Dresden der N.S.D.A.P. hielt am

hafte Wesen traf Julia Köhler recht gut. Der vierte Gast war Jssi Dobrowen als Spielleiter. Auch er trug zum Erfolge bei, wenn man wohl hier und da Anlockerung der romantischen Startheit erwünscht hätte. Am besten gelungen waren die Volksoperen im ersten Aufzuge. Allerdings erinnerten sie stark an „Voris Gadamom“, welche Oper er auch bei uns inszeniert hat. Sehr ergötzlich war die Maskenkomödie des Ping, Pang, Pong durch Paul Schöffler, Heinrich Lehmer und Otto Siegmund. In kleineren Rollen bewährten Waldemar Staegemann, Willi Vaber und Ludwig Ermold ihren längst anerkannten Ruf. Die durch Karl Rembau einstudierten Chöre klangen prächtig. Leonard Krantz und Max Gassalt hatten für eine prunkhafte Bühnenaufmachung Sorge getragen. Ich muß allerdings sagen, daß in der Hauptprobe die Bühnenbilder vom Parkett aus auf mich eine viel bedeutendere Eindrückung hatten. Schon im zweiten Range wird die Wirkung beeinträchtigt, da von den Bauten in der Höhe zu viel verloren geht. Fritz Busch, der meisterliche Führer der Puccinischen Partitur, ließ die ganze Farbenpracht der Turandotmusik ausklingen. Unsere Kapelle erweckte in voller Größe das Gefühl: Dresden muß mit besonderem Stolz auf dieses Orchester blicken. Die Begeisterung schlug hohe Bogen. Man feierte die Darsteller und alle Spitzen in herzlichster Weise. Wie lange der Beifall anhält, weiß ich nicht. Das eine aber, daß ich bereits schon im Kassenraum war, als im Inneren immer noch stürmisch nach den Mitwirkenden gerufen wurde. Otto Hofflein.

Freiwilligbühne Großschütz. Die gestrige Premiere hatte nun einmal, von einigen Regenschauern abgesehen, gutes Wetter. Es war beinahe wieviel davon. Die knallige Hitze ließ das zahlreiche erschienene Publikum das — leider viel zu weit vom Zuschauerraum entfernte — Erscheinungszelt in den Pausen stürmen. Man gab „Die goldene Eva“, das lebenswichtige Augsburger Lustspiel des Wiener Franz v. Schönthan und des Dresdner Intendanten v. Koppel-Eiffel. Es ist an dieser Stelle bereits der ganz vorzüglichen Spielleitung Max Zistles gedacht worden, der sich aus Dilettanten eine Spielgemeinschaft erzogen hat, die tatsächlich etwas kann. Einige Rollen waren so besetzt, daß mir Zweifel kamen, ob ihre Vertreter wirklich Dilettanten sein könnten. Auf meine Erkundigung erfuhr ich,

da sie mit der Genehmigungspflicht austräume und das Vorkaufrecht auf unbebaute Grundstücke beschränke. Das werde der Förderung des Siedelungswesens dienen. Verschiedene Unklarheiten der Vorlage müßten im Rechtsausschuß aufgeklärt werden. Bedenklich sei § 15, der es verhindere, daß ein für Siedelungszwecke gekauftes Grundstück nötigenfalls mit industriellen Anlagen bebaut werde. Dadurch werde die industrielle Entwidlung der Gemeinden unterbunden.

Abg. Dr. Veitler (D.): Seine Freunde müßten sich mit der Vorlage abfinden, da nichts Besseres vorliege, sie würden aber an ihr im Ausschuß Kritik üben. — Abg. Bethke (N. Soz.): Seiner Partei falle es schwer, sich mit dieser Vorlage zu befassen. Gegen einige Bestimmungen des Gesetzes haben wir ernsthafte Bedenken. Angesichts des Umfanges, daß das Reich die Materie zu regeln beabsichtige, dürfte es zwecklos Arbeit sein, die man verrichten wolle.

Dann wird einstimmig Ueberweisung an den Ausschuß beschlossen.

Die Errichtung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden

steht alsdann zur Debatte. Der Kommunist Lieberah behauptet die Einstellung, da man mit derartigen Ausstellungen nur den hygienischen Abbau verschleiern wolle. Zum Berichterstatter wird Abg. Kunz bestellt. Die Frage des Waldschloßhofes der Stadt Dresden und der Verkauf einer Fläche der jungen Heide für diesen Zweck findet wenig Zustimmung. Auf jeden Fall wird die Prüfung der von verschiedenen Seiten vorgebrachten Bedenken gegen diese Anlage verlangt und Ueberweisung an den Haushaltsausschuß beschlossen.

Endlich kommt noch ein bedeutender Punkt der Tagesordnung.

Die Befolgung der akademisch vorgebildeten Volks- und Berufsschullehrer

Zur Aussprache. Abg. Dreilman (Dnat.) wendet sich gegen die Vorlage und fragt die Regierung, ob sie das vorgeschlagene Gesetz bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates veranlassen würde. Ebenso bezieht Abg. Sidmann (D.) die akademische Lehrerbildung vorläufig noch für einen Versuch, der zu einer abwartenden Stellungnahme zwingt. Den in Frage kommenden Lehrkräften könne man das ihnen zukommende Einkommen vorläufig auf dem Wege der persönlichen Zulage gewähren. Die Linksparteien setzen sich für die Vorlage ein und beschließen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei Ueberweisung an den Befoldungsausschuß.

Schließlich wurde das Etatskapitel Polizei, das von der letzten Sitzung zurückgestellt war, mit den Mehrheitsvoten angenommen. Schluß der Sitzung 4.25 Uhr. Nächste Sitzung heute Dienstag mittag 1 Uhr.

24. Februar ihre Generalmitgliederversammlung ab. Im Anschluß an das Redevedor Hitzler in Sachfen hatte Staffels eine Entschließung ausgearbeitet und diese auch gleich verhandelt gemacht zur Veröffentlichung in einigen Zeitungen. Wegen der sehr reichhaltigen Tagesordnung und infolge der vorgezogenen Stunde konnte über jene Entschließung nicht mehr verhandelt werden. Trotzdem hatte der Angeklagte jene verhandelt aber nicht zur Annahme gelangte Entschließung an den Innenminister Müller und weiter auch an den bayerischen Ministerpräsidenten Feld geschickt. Diese Entschließung enthält eine Reihe von Befolgungen.

Strafantrag hatte Innenminister Müller persönlich gestellt. Der Vertreter der Anklage forderte die Bestrafung Staffels mit Gefängnis. Die selbstverfälschte und nicht beschlossene Entschließung enthalte unverkennbar schwere Beleidigungen, die durch eine Geldstrafe nicht geahndet werden könnten.

Das Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Koch verurteilte den Angeklagten wegen formaler Beleidigung nach § 185 StGB. zu einem Monat Gefängnis. In der Begründung hierzu wurde ausgesprochen, daß es sich im vorliegenden Falle um gräßliche Beleidigungen gehandelt, begangen in einer Hörsaalstunde, die nicht mit einer Geldstrafe geahndet werden könnten. Der Angeklagte soll gegen das Urteil Berufung einlegen.

Die Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge

Der öffentliche Arbeitsnachweis erläßt folgende Bekanntmachung:

Zur Durchführung der gesetzlich angeordneten Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge gehen den Arbeitgebern in den nächsten Tagen Verbrude zu, die unbedingt bis zum 20. Juli 1926 ausgefüllt an den öffentlichen Arbeitsnachweis zurückzusenden sind. Für jeden Arbeitnehmer, der

daß das ganze Ensemble aus friedlichen Bürgern aus Birna und Doldau bestehe. Dann hat ab vor diesen Liebhaberhändlern! Ich kenne Herrn Zittel nicht, habe aber ganz deutlich, welche Arbeit dieser — Theaterdirektor im Nebenamt — geleistet hat, wie er seine Darsteller sprechen lernte (manche übertrieben zwar das Dramatische „er“ ein wenig, aber sie haben es) und die Dialektreinheit — das schwerste Stück Arbeit im menschlich-elbischen Sprachgebiet — ist bis auf kleine Nüchternheit fast völlig erreicht. Frau Lena Zihang war die nach dem Hochadel auslaufende Goldschmiedin. Die Natur hat ihr die erforderlichen Vorträge zugeteilt. Aber sie kann auch etwas. Sie habe ich vor meiner Erkundigung für eine kontinuierliche Schauspielerei gehalten. Die liebreizende Traghöpin kann man nicht besser geben. Ebenso trifft ihr Liebhaber, der Geisel Peter (Herr Luziga) ins Schwarze. Diese beiden Darsteller sprachen übrigens die Berke äußerst gewandt und wirksam. Dies Schulle gab allerhand Feines in der Charakteristik der beiratungsmühen alten Jungfer. Auch die hässlichen Rollen waren bei Max Pfäzner und Walter Tibe in guten Händen, und in den kleinen Rollen sah man von Lanny Klein-Raubert, Paul Meschke und Helmut Ran recht Entzückendes. Freudlicher Applaus lohnte die Spielfreudigkeit der Beteiligten. Jd.

Der Oberlausitzer Männerchor aus Neugersdorf i. Sa. wird der Stadt Dresden im Oktober einen Besuch abhalten und unter Leitung seines Chormeisters Erich Hülle im Vereinshaus ein Konzert geben. Dem Oberlausitzer Männerchor geht ein ausgezeichnetes Auf voraus. Chormeister Hülle ist ein bewährter Führer der kunstgeübtesten Sängerschaft.

Der erste Katholische Kirchenmusik-Kongress, der in den Tagen vom 12.—15. September in Offenbach stattfand, verpricht auch nach der kirchenmusik-pädagogischen Seite hin den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Es sollen für den Kreis der eigentlichen Kirchenmusikler sechs instruktive Vorträge über wichtige aktuelle Fragen gehalten werden. Der Kongressleitung ist es gelungen, für die Behandlung des gregorianischen Chovals und seiner Praxis den Benediktinermonch Pater Michaelis Witowski aus Gerleve bei Coesfeld zu gewinnen. Ueber praktische Stimmbildungs-Methoden wird der in diesem Fache besonders gut orientierte Domkapellmeister Professor J. M. S.

Eingefandt

An alle katholischen Vereine der Diözese Meißen.

Unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs augenblicklich größte Sorge ist die Errichtung und Unterhaltung des Priesterseminars. Wie wäre es nun, wenn alle katholischen Vereine eine besondere Selbstbetätigung zugunsten des geplanten Priesterseminars durchführten und diese sicherlich nicht geringe Gabe an hochheiligsten Weihrauchstoffen ausschließlich an das bischöfliche Domstift überweisen würden? Dadurch ließen sich freilich errichten, und so mancher würde dem Priesterberuf zugeführt, der infolge Vermögenslosigkeit seiner Eltern und Angehörigen von der Erfüllung seines Berufsverlangens Abstand nehmen mußte.

am 2. Juli 1928 Erwerbslosenunterstützung bezogen hat, ist von dem Arbeitgeber, bei dem er zuletzt beschäftigt war, ein Bescheid anzufordern.

Vom Arbeitgeber sind die Personalkarte, die genaue Berufsbezeichnung und der letzte Normal-Bruttobehalt einzulegen. Alles Nähere belegen die Angaben auf dem Bescheid. Sachbezugs aller Art (freie Wohnung, freie Kost, Depuante, freies Heizungsmaterial usw.) sind in den Bruttobehalt nach dem Versicherungssamt festgesetzten Wert einzurechnen. Dieser beträgt zurzeit: 1. Bei Arbeitnehmern bis zu 16 Jahren sowie weiblichen Haus- und Wirtschaftsdienstleistungen, Hauswärtinnen und Lehrlingen für Verpflegung wöchentlich 4,90 Mark, monatlich 21,- Mark, für Wohnung (einschl. Beleuchtung und Heizung) wöchentlich 0,87 Mark, monatlich 4,- Mark. 2. Bei Arbeitnehmern über 16 Jahre, soweit sie nicht unter Nr. 1 oder 3 gehören für Verpflegung wöchentlich 8,- Mark, monatlich 34,- Mark; für Wohnung wöchentlich 1,23 Mark, monatlich 6,- Mark. 3. Bei Betriebsbeamten, Werkmeistern und anderen Angestellten in ähnlicher gehobener oder höherer Stellung für Verpflegung wöchentlich 11,60 Mark, monatlich 50,- Mark; für Wohnung wöchentlich 2,25 Mark, monatlich 10,- Mark.

Hat auch die Familie des Arbeitnehmers freie Verpflegung, so erhöht sich der Bezugssatz um zwei Drittel für die Ehefrau und je ein Drittel für jedes Kind. Hat auch die Familie des Arbeitnehmers freie Wohnung (einschl. Beleuchtung und Heizung), so verdoppelt sich der entsprechende Satz.

Ein weiterer Vortrag von Dr. Damajchke

Dr. Damajchke sprach außerdem auch noch in einer Versammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Dresden, über die Bodenreformgesetzgebung im Reich. Zwei Drittel aller Reichstagsabgeordneten hätten sich am 5. Mai bei der Verhandlung des neuen Bodenreformgesetzes als Anhänger des Bodenreformgedankens erklärt. Um das Gesetz Wirklichkeit werden zu lassen, gelte es Aufklärung ins Volk zu tragen. Auch Sachsen habe ja bereits einen wichtigen Schritt getan durch die Feststellung des Verkaufrechtes der Gemeinden. Auch der dem Landtage augenblicklich vorliegende Gesetzentwurf über den Verkehr mit Grundbesitz liege in dieser Richtung. Dann ging Dr. Damajchke auf die Grundlagen des Bodenreformgesetzes ein, daß eine gleichmäßige Bewertung der der Besteuerung unterliegenden Vermögensgegenstände bezweckt, insbesondere auch des Grund und Bodens, und wiegt an dem Beispiel Katalis, welche Bedeutung die Veröffentlichung der Bodeneinschätzung hat.

In Frankreich und Belgien könne man die Folgen einer Umwandlung auf Terrain und Hypotheken feststellen. Dort gäbe es keine langfristigen Hypotheken mehr. Zwischen dem Kommunismus im Osten und dem Mamonismus im Westen gebe es nur eine Mitte, die Synthese vom sozialen Rechte für den Boden. Es gelte in dieser Hinsicht eine Rückkehr vom römischen Rechte zu den gefundenen Grundlagen der mittelalterlichen deutschen Rechtsauffassung.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Er gab zu folgender Entschiedenheit Anlaß:

„Der sächsische Landesverband im Bunde Deutscher Bodenreformer dankt den sächsischen Volksvertretern, die am 5. Mai sich im Reichstag grundsätzlich für das Bodenreformgesetz erklärt haben. Er spricht die erste Erwartung aus, daß die sächsische Staatsregierung nach dieser Begründung der großen Mehrheit des Reichstages ihrerseits im Reichsrat ihren Einfluß dahingehend geltend macht, daß die Reichsregierung nunmehr ungehindert den geforderten Gesetzentwurf im Sinne des hiesigen Votums für Heimstättenwesen beim Arbeitsministerium dem Reichstage vorlegt. Auch die Wohnungs- und Arbeitsnot in Sachsen würde durch Schaffung eines solchen Rahmengesetzes wesentlich gemildert werden.“

„Wie Katholiken und der Film!“ Zu dem am Mittwoch, den 7. Juli 1928, abends 8 Uhr im katholischen Gesellenhaus, Kafferstraße, stattfindenden Vortrag „Wie Katholiken und

Gemeinde- und Bodenreform

Dr. Damajchke auf der Reichstagung der Kommunalbeamten

Dresden, 5. Juli.

Im Neustädter Kasino nahmen am Sonnabend die offiziellen Arbeiten des Bundes der Reichsbund der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands ihren Anfang. Nach einer ganzen Reihe von Begrüßungsansprachen der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der Stadt Dresden, wurden mehrere wertvolle Beiträge gehalten. Stadtkämmerer Dr. Karbinger, Berlin, sprach zunächst zu dem viel-erörterten Thema

„Gemeindefinanzpolitik und Finanzausgleich“.

Er ging davon aus, daß seit der Steuerreform von 1913 die Verteilungsgläche zwischen Reich, Länder und Gemeinden zu oft gewechselt haben, und daß dadurch die Haushaltpläne der Gemeinden aus der Unsicherheit nicht herausgekommen seien. Eine gleichmäßige und ruhiger Entwicklung erwarte er erst wieder von dem Gemeindefinanzplan zur Einkommensteuer. Er bezeichnete es als notwendig, endlich zu einem wohlüberlegten dauernden Ausgleich zu kommen, um den Gemeinden eine ungehinderte und ruhige Arbeit für längere Zeit zu ermöglichen. Dann auch könne erst eine gemeindegütige Steuerpolitik in den Gemeinden wieder möglich sein, die auf Grundbesitz beruhe.

Als zweiter Redner nahm der bekannte Bodenreformer Dr. Damajchke das Wort. Er sprach über

Die Bedeutung der Bodenreform für die Kommunalbeamten.

Der Redner bezeichnete die Bodenreform gerade für die Gemeindefinanzpolitik als eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit. Wenn die Schäden des jetzigen Wohnungswesens unser Volk noch länger belasten würden, so sei eine geordnete Gemeindefinanzpolitik überhaupt nicht möglich. Die Reichsverfassung sichere in Artikel 155 jedem Deutschen das Recht auf Wohnung zu. Das neue Reichsheimstättengesetz habe gezeigt, daß im Reichstag keine Partei gegen die Bodenreform aufzutreten wage. Für die Gemeinden liege insbesondere die Verpflichtung zur Bodenreform, wozu allerdings Geld gehöre. Der Redner wies hin auf das vorbildliche Beispiel Katalis. Dort seien innerhalb von zwei Monaten vorbildliche Reformen auf dem Gebiete des Grundbesitzwesens durchgeführt worden. In ihrer Entwicklung habe diese Steuer an Stelle eines Ertrages von 40000 Mark von Boden und Grundbesitz einen Ertrag von 1800000 Mark lediglich durch Besteuerung des Bodens erbracht, der dann noch auf 3 Millionen Mark gesteigert worden sei. Grund und Boden allein sei in Katalis die Quelle der Grundsteuer. Ferner sei Selbst-einschätzung und öffentliche Bekanntmachung durchgeführt. Unter 3000 Mark sei der Grundbesitz steuerfrei. Darüber sei die Steuer stark progressiv gesteuert. Dadurch erreicht man, daß der Grundbesitzbesitzer viel Boden zum selbständigen Preis abläßt.

Gerade für die Gemeindebeamten ergäben sich hier Aufgaben von größter Bedeutung, die allein geeignet seien, zur Entlastung und Befestigung des Wohnungswesens und dessen verzehrenden Folgen beizutragen. Der mit Beifall aufgenommene Vortrag fand seinen Niederschlag in folgender Entschlie- hung:

Der Bundestag des Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands dankt den Volksvertretern, die

der Film“ von Herrn Karl Frey, Direktor der Leo-Gesellschaft München, und Ausführung des Films der Leo-Film-Gesellschaft: „Zürigende Götter“ sind Einladungen an katholische Vereine und Organe ergangen. Hiermit soll auch die katholische Allgemeinheit aufmerksam gemacht werden. Im Interesse der guten Sache wird gebeten, die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch nach Möglichkeit zu unterstützen.

„Eine furchtbare Schwermist. Montag vormittag wurde eine Wohnung der Thurnstraße, welcher Gasgeruch entdrückte, vollständig geöffnet. Man fand eine 33 Jahre alte Frau und ihre drei Kinder tot in den Betten liegen. Offenbar hat die Frau in einem Anfall von Verzweiflung in den Morgenstunden sämtliche Gashähne geöffnet. Schwermist infolge Erwerbslosigkeit soll die Verursachung zu der Tat gewesen sein.“

„Offene Fürsorgeeinrichtungen. Beim sächsischen Fürsorgeamt sind einige Stellen für Fürsorgefrauen zu besetzen. Ihre Arbeit umfaßt die gesamte wirtschaftliche und gesundheitliche Fürsorge für die Familien ihres Bezirkes mit Ausnahme der Pflegeheime- und Säuglingsfürsorge. Aufstellung als Dauerangestellte mit Bezahlung nach Gruppe IV. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf bis 12. Juli.“

„Kühne Lebensrettung. Am Terrassen-Weg fiel am Montagmorgen 14 Uhr an einer Dampfbohrerbohrstelle in einem unbewachten Augenblick ein dreijähriger Junge in die Elbe und wurde abgetrieben. Kurz entschlossen sprang der des Weges überkommene Fruchtgehändler Dürpe in die Ruten und brachte unter eigener Lebensgefahr den Kleinen wieder lebend ans Land, so daß er seiner Mutter zugeführt werden konnte.“

am 5. Mai d. J. sich im Reichstage grundsätzlich für das Bodenreformgesetz erklärt haben. Er spricht die erste Erwartung aus, daß die Reichsregierung nun ungehindert einen Gesetzentwurf im Sinne des Reichstages dem Reichsrat vorlegen wird. Die Reichsverfassung verpflichtet in Artikel 155 jeder deutschen Familie, besonders den hiesigen, eine Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte und die Aufbarmachung des unverdienten Wertzuwachses am Boden für die Gesamtheit. Der am 5. Mai geforderte Gesetzentwurf würde einen ersten großen Schritt bedeuten zur Erfüllung dieser Verpflichtung der Reichsverfassung. Die Ueberwindung der Leib und Seele verdrängenden Wohnungs- und Arbeitsnot aber ist zugleich die erste Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung unserer Stadt- und Landgemeinden. Auch alle kulturelle Arbeit in ihnen wird zuletzt davon abhängig gemacht sein, wie diese große Frage gelöst wird.

Dann sprach noch Universitätsprofessor Dr. Apelt, Leipzig, über die deutsche Beamtenhochschulbewegung. Gegenwärtig bestehen in Deutschland 14 Verwaltungsakademien, die in einem Reichsverbande zusammengeschlossen seien, dessen Vorsitzender Professor Apelt ist. Ein weiterer Vortrag von Bundesdirektor E. Hermann behandelte die kommunale Besoldungspolitik, wozu der Reichsverband eine Anzahl von Leitfäden vorlegte. In dieser heißt es u. a.:

Das Besoldungssystem in seinem Aufbau nach Besoldungsbestandteilen und Besoldungsgruppen (-stufen) soll grundsätzlich für alle öffentlichen Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) gleich sein.

In allen Ländern ist zur Durchführung des aufgestellten Grundgesetzes die angemessene Regelung der Bezüge der Kommunalbeamten gesetzlich vorzuführen mit der Maßgabe, daß eine angemessene Regelung erst dann als vorliegend angesehen wird, wenn die Bezüge nicht geringer sind als diejenigen der unmittelbaren Staatsbeamten.

Welcher Besoldungsgruppe der einzelne Kommunalbeamte zuzuteilen ist, wird in erster Linie von dem dazu berufenen Organ der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) selbstverantwortlich entschieden, und zwar — unter angemessener Berücksichtigung der Vor- und Ausbildung — vornehmlich nach den amtlichen Aufgaben, der Selbstständigkeit und Verantwortung, die mit dem betreffenden Amte verbunden sind.

Dem Beamten ist, abgesehen von dem ordentlichen Rechtsweg bei Verfolgung von vermögensrechtlichen Ansprüchen, durch Landesgesetz die Möglichkeit zu geben, die Angemessenheit seiner Besoldung durch eine unparteiliche, paritätisch aus Vertretern der Gemeinden (Gemeindeverbände) und der Beamten besetzte Schlichtungsstelle unter einem unparteilichen Vorsitzenden nachprüfen zu lassen.

Ein Unterschied zwischen Beamten in Stadt- und Landgemeinden ist nicht zu machen.

So in dauernd notwendiger beamtenartiger Tätigkeit noch Angestellte (Dauerangestellte, ständige Angestellte usw.) beschäftigt werden, ist auf ihre Ueberführung in das Beamtenverhältnis hinzuwirken; bis dahin sind auf sie die gleichen Vorschriften anzuwenden wie auf die Beamten.

Leipzig

„Zwei Unglücksfälle mit Gas. Wie der Polizeibericht meldet, wurde gestern ein Hochstuhlführer tot in seiner Kabine aufgefunden. Der Raum war mit Gas gefüllt, das dem ausgebreiteten aber nicht entflammten Gasdöcker entströmte. Anscheinend hatte der Mann etwas warmes trinken wollen und war dabei eingeschlagen. — Am gleichen Tage wurde ein 16 Jahre alter Lehrling in seiner Wohnung durch Gas vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet. Auch in diesem Falle soll es sich um einen Unglücksfall handeln.“

„Heiliges Gemitter. Bei dem Montag mittag über die Stadt niedergegangenen heftigen Gewitter hat der Blitz einige Male eingeschlagen, so in die Gasse eines Waisenhauses, wo beträchtlicher Sachschaden angerichtet wurde. Menschenleben gerieten nicht in Gefahr. Verschiedentlich mußte die Feuerwehr um Hilfe angegangen werden, um eingedrungene Wassermaßen aus den Kellerräumen zu entfernen. Das Unwetter am Sonntag hat in Leipzig und seiner näheren Umgebung keine nachhaltigen Störungen hinterlassen.“

„Selbstmorde. Gestern vormittag verübte ein 50 Jahre alter Kaufmann in seiner Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Beschäftigte Sorgen sollen ihn in den Tod getrieben haben. — Gestern mittag fand ein Dentist seine unverheiratete etwa 30 Jahre alte Wirtschaftlerin tot in der Küche auf. Das Mädchen hatte seinem Leben durch Einatmen von Leuchtgas ein Ende gemacht.“

ders aus Köln sprechen. Recht interessant und lehrreich dürfte der Vortrag des Generalpräses der deutschen Cäcilienvereine, Professor Dr. Hermann Müller aus Paderborn, werden, der von einem eigens für solche Zwecke unterhaltenen kleinen Chor illustriert wird; zur Behandlung ist das Dirigieren mittelalterlicher Polyphonie gestellt. Seit die kirchlichen Behörden über die Forderung des Hofes mildere Auffassung gelten lassen, hat die instrumentalebegleitete Chormusik sich immer mehr eingebürgert. Daher hat auch die Kongregleitung einen instruktiven Vortrag über das Dirigieren dieser Art Musik vorgesehen. Als sehr wichtig erscheint ein Thema über die musikalische Ausstattung des Hochaltars, zu dem sich Dr. Felix Oberdorfer in dankenswerter Weise bereitgefunden hat. Seit Richard Wagners Weltmoria büchten auch auf diesem Gebiet neue Gedanken und Ideen die Entwicklung beeinflusst haben. Dr. Oberdorfer, Dozent an der Hochschule für Musik in Köln, wird auch in einem weiteren Vortrag über das Kirchenmusikschulwesen sprechen. Die Kirchenmusikerschaft erstreckt darin grundlegende Wandlungen, besonders die Zusammenlegung der kleineren Schulen zu einer oder zwei größeren Instituten. — Bei der Begrüßungsfeierlichkeit am ersten Abend im großen Saale des Städtischen Saalhauses werden reden Rektor J. Kahfeld in Paderborn, der Senior der deutschen Kirchenkomponisten B. Griesbacher und Professor Müller. Die Kongregleitung hofft, daß eine reiche Beteiligung aus den Kreisen der Kirchenmusiker, nicht zuletzt aber auch der gewiß interessierten Öffentlichkeit, der Erfolg ihrer Bemühungen sein wird.

Besangsaufführung auf der Dresdner Vogelwiese

Heute, Dienstag, abends 1/8 Uhr findet auf der Vogelwiese in der Nähe der Schießhalle eine Besangsaufführung des Julius-Criso-Bundes unter Mitwirkung des Bürger-Vergnügungschores, Leitung Direktor Georg Schönberg, statt. Die Vortragsfolge lautet wie folgt: 1. Orchester: Einleitung und Chor aus der Oper Lohengrin (Wagner); 2. Gesänge: 1. Wagners Abendlied (H. Jüngst); 2. Neuer Frühling (H. Jüngst); 3. Jungfräulein (H. Jüngst); 4. Wanderlied (H. Jüngst); 5. Orchester: Rheinischer Sang: Rheinlieder-Votivpauer (Hausmann); 6. Gesänge: 1. Rheinweindied (H. Mendelssohn-Bartholdy); 2. Loreley (Fr. Silcher); 3.

Horn Freischütz und Vaterland (H. Hüppert); 4. Der deutsche Held (H. Plagheider); 5. Orchester: Paradenmarsch des Grenadierregiments 101; Paradenmarsch des Schützenregiments 108.

Sängerlag des Sächsischen Elbgängerbundes

Kreischa, 6. Juli

In dem herrlichen Bad Kreischa herrschte am Sonnabend und Sonntag frühliches Sängerbien. Der über 2000 Mitglieder zählende Sächsischer Elbgängerbund verkehrte in Kreischa die Vertreter der Vereine zum 57. Sängertage des Bundes. Am Sonnabend, nachdem die ersten Gäste eingetroffen waren, gab es eine Platzmusik, die die Kapelle des 1. (Fäger-) Bataillons 10 (Sächs.) Inf.-Regts. ausführte. Die Straßen und Häuser Kreischas prangten in reichem Flaggens- und Blumen-schmuck. Der festgebende Verein bot ein Konzert, das von der Sangeskunst der Kreischaer Sänger ein glänzendes Zeugnis ablegte. Am das Konzert schloß sich ein Kommerz, den mehrere Bundesvereine durch ihre gefanglichen Vorträge verschönten.

Am Sonntag nach der Kranzniederlage am Kriegedenkmal und einem Frühgessen auf dem Hermannsplatz trat vormittags 10 Uhr der 57. Sängertag des Sächsischen Elbgängerbundes im Gasthofe Hohna zusammen. Der Männergesangsverein Kreischa eröffnete die Tagung mit dem prächtigen Vortrage von „Deutschland, du mein Vaterland“ von Jenger. Präsident Leiberger erläuterte den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres. Er wies auf das glänzend verlaufene Erste Sächsische Sängerbundestfest in Dresden hin und mahnte die Sänger an ihre Pflicht, den entfallenden Fehlbetrag willig zu decken. Der Bund besteht zurzeit aus 15 Gruppen mit 813 Vereinen, 10439 Sängern, 14130 unterführenden und 1123 Ehrenmitgliedern. Im Laufe des Jahres sind 62 goldene und 422 silberne Ehrenzeichen an alte verdiente Sänger verliehen worden. In den Gruppen sei intensive Sangesarbeit geleistet worden; trotz der wirtschaftlichen Nöte habe jeder Sänger seine Pflicht erfüllt. Sangesbruder Weller berichtete über die Adolf-Leiberger-Stiftung, die wieder die Höhe erreicht hat, die sie vor der Inflation hatte.

Dem Antrage des Männergesangsvereins Niederhain-Dohna, der Gruppe Pirna zugewiesen zu werden, wurde stattgegeben, des-

gleichen dem Antrage des Männergesangsvereins Concordia-Einigkeit Dresden-Laubegall, aus der Gruppe Dresden-Südvorort auszuschneiden und der Gruppe Dresden sich anzuschließen. Im Anschluß daran wurde beschlossen, daß künftig nicht der Sängertag, sondern die Bundesbesetzung die Gruppenzugehörigkeit zu regeln hat. Nachmittags fand ein Festkonzert im Garten des Gasthofes statt, das von der Gruppe Dresden-Südvorort bestritten wurde. Für Montag war ein Spaziergang nach dem Willisch vorgesehen.

Arztelbund zur Förderung der Leibesübungen

Dresden, 6. Juli. Die sächsischen Ortsgruppen des Deutschen Arztelebundes zur Förderung der Leibesübungen haben sich nunmehr zu einem Landesverband zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß war nach dem gewaltigen Aufschwung, den die sportärztliche Bewegung im Laufe des letzten Jahres genommen hat, zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Die Reichszentralstelle hat damit eine Entlastung erfahren, die im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung des sportärztlichen Gedankens dringend geboten war.

Der Landesverband Sachsen wird in enger Fühlungnahme mit den maßgebenden Behörden die sportärztliche Betreuung aller Vereine und Organisationen, die sich mit Leibesübungen befassen, sicherstellen. Als seine vornehmste Aufgabe betrachtet er die Vermittlung einer gründlichen wissenschaftlichen und praktischen Ausbildung an alle sächsischen Ärzte, die sich sportärztlich betätigen wollen. Diesem dringenden Gebot Rechnung tragend, hat er seine Zustimmung gegeben zu dem von der Dresdner Ortsgruppe veranstalteten Sportärztliche Tagung, der am 6. September in Dresden abgehalten wird. Dieser Lehrgang hat durch die Herren Vertreter des sächsischen Ministeriums, Herrn Präsidenten Geh. Rat Weber und Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Thiele, eine außerordentliche Förderung erfahren. Die in Aussicht gestellten Mittel ermöglichen die Verpflichtung nur allererster Lehrkräfte und lassen mit Sicherheit erwarten, daß jedem sächsischen Teilnehmer eine angemessene finanzielle Unterstützung zuteil wird. Der Vorstand des neugegründeten Landesverbandes besteht aus den Herren Dr. Weigand-Leipzig als 1. Vorsitzenden, Dr. Weis-Dresden als stellv. Vorsitzenden und Dr. Heberer-Dresden als Schriftführer.

Aus Sachsen

O Freiberg, 6. Juli. (Schadenfeuer.) In der vergangenen Nacht sind Wirtschaftsgebäude, Scheune und Stall des Gasthofes Stadt Freiberg vollständig niedergebrannt.

Hartmannsdorf, 6. Juli. (Mordversuch.) In der Nacht zum Donnerstag versuchte ein Mörder Mann seine Braut, bei der er wohnte, nach einem Streit zu vergiften. Als sich das Mädchen schloßen gelegt hatte, nahm der Mann das 1 1/2-jährige Kind und brachte es auf den Bodenraum. Dann begab er sich zurück in die Wohnstube und drehte den Gasbrenner auf, so daß das Gas in das angrenzende Schlafzimmer eindringen konnte. Um 4 Uhr früh wollte er dann mit dem Kind das Haus verlassen. Er scheint aber fest eingeschlossen zu sein und nur der Lärm, der entstand, als man das Mädchen in dem mit Gas angefüllten Zimmer fand, erweckte ihn.

O Delitzsch, 6. Juli. (Im Schacht tödlich verunglückt.) Am Donnerstag verunglückte im hiesigen Friedensschacht der 57 Jahre alte Schachtmeister Karl Kupp von hier dadurch tödlich, als er sich bei der Ausfahrt auf dem Gefäßboden befand, vermutlich ausrutschte und zwischen Gefäß und Schachtbau geriet. Dadurch erlitt er einen Schädelbruch und mehrere Rippenbrüche, so daß der Tod sofort eintrat.

O Plauen, 6. Juli. (Ueberrfahren.) Heute vormittag wurde hier mitten in der Stadt eine Frau von einem Kraftwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Ferner wurde auf der Strecke Reunarth-Grütz der 34 Jahre alte Fleischer Kurt Jung von einem Güterzug überfahren und schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft.

O Schneitzhohn, 6. Juli. (Schadenfeuer.) Als der achtjährige Sohn des Wirtschaftsbefehlers Schlegel auf dem Boden Feuerungsmaterial für die Mutter holen sollte, kam er mit seinem Licht den Hohlspänen zu nahe. Die Späne gingen sofort Feuer, bald darauf brach das ganze Wohnhaus in hellen Flammen und wurde bis auf die Umfassungsmauern eingeschichtet.

O Zittau, 6. Juli. (Der Sächsischer Verkehrsverband), der jetzt 25 Jahre besteht, hielt am 3. und 4. dieses Monats hier seine diesjährige Hauptversammlung und Jubiläumssitzung unter dem Vorsitz von Dr. Jäger aus Leipzig ab. Als Ort für die nächste Tagung wurde Pirna bestimmt.

Der Minister des Innern hat einen bis Ende Juli währenden Urlaub angetreten. Er wird durch den Ministerpräsidenten Heide vertreten. Aufschritten sind während dieser Zeit nicht an das Ministerium des Innern zu richten, da sonst Verspätung eintreten kann.

Aus dem sächsisch-böhmischen Grenzgebiet

Schönb. Die Kraftwagenlinie Schönb.-Bad Schandau ist wegen zu geringer Benutzung am 1. Juli eingestellt worden. — Der Verkehrsanschluss des Dresdener Verkehrsvereins, der vorige Woche gelang, befahte sich auch mit den Verkehrswünschen der Sächsl. Schweiz. Es wurde mitgeteilt, daß von nun an zwei Eildampfer auf der Elbe verkehren werden, so daß in Zukunft Fracht- und Personenschiffahrt ganz getrennt sind. Stollen erreicht um bessere Verkehrsmöglichkeit mit Schönb. Außerdem wurde gewünscht, in den Jahren, die die Schüler benutzen, für diese besondere Abteile nach Art der Damen- und Nichtraucherabteile einzurichten. (Auf der tschechischen Bahn ist dies bereits der Fall.) Denn die Ueberfüllung der Wagen mit Schülern, die es oft auch an taktsollem Benehmen gegen die erwachsenen Mitreisenden fehlen lassen, bringt oft starke Belästigungen der Erwachsenen mit sich. Aus pädagogischen Gründen hat man diesen Wunsch nicht berücksichtigt. Bezüglich des Grenzübertritts nach der Tschechei sei das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß auf einen kleinen Grenzposten, der übrigens nur in lateinischen Buchstaben geschrieben sein soll, nur der Inhaber des Ausweises die Grenze überschreiten darf. — Sehr wichtig ist die Uebersicht über den Sonderfahrplan, die die Reichspost durch die Sächsischen Schweiz ausführen läßt, und zwar am Sonntag nach Leipzig, Preis 6 Mark; Montags und Donnerstags nach der Schweitzermühle, Preis 6 Mark; Dienstags und freitags nach Hinterzemsdorf für 5 Mark; Mittwochs und Sonntags nach der Bastei für 5 Mark. Die Fahrpreise verstehen sich für die Hin- und Rückfahrt in neuzeitlichen, bequemen Ausflugszügen.

Niedererfindel. Anlässlich des Sokolfestes sind alle Bahnhöfe, selbst die in rein deutschen Orten (1) festlich geschmückt. Die Plakate, die auf den Sokolhangröh in Prag hinweisen, sind abgesehen von tschechischer, dann in französischer, aber glücklicherweise nicht in deutscher Sprache.

Gemeinde- und Vereinswesen

Dresden. Der Volksverein für das katholische Deutschland, Ortsgruppe Dresden-Neustadt, veranstaltete am 1. Juli auf der Waldschloßchen-Terrasse sein beliebtes Sommerfest. Der Besuch war ein sehr guter und alle Festteilnehmer kamen auf ihre Kosten. Den Nachmittag verbrachten die Festteilnehmer in geschäftigen Veranden des schönen Gartens. Das Gartenkonzert, geboten von der Kapelle des

In den Red-River-Sümpfen

Eine Geschichte aus der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg.

Von Friedrich Gerstäcker
(10. Fortsetzung.)

Bradshaw fühlte, wie es ihm bei Nennung seines Namens einfiel über den Rücken herunterließ, und sein erster Gedanke war sein Revolver, denn er hielt sich für verloren und wollte sein Leben wenigstens so teuer wie möglich verkaufen. Glücklicherweise aber kam der Eintretende gerade aus der vollen Sonne heraus und machte davon wohl noch etwas geltend, denn sonst hätte ihm der rasche Wechsel in der Gesichtsfarbe seines Besuches kaum entgehen können. Aber nur ein spöttisches Lächeln zeigte durch seine bärtigen Züge, als Bradshaw, der sich gewaltsam sammeln, ausrief: „Das ist merkwürdig! Ich doch nicht geglaubt, daß jemand in Texas hier meinen Namen wüßte — und woher kennt Ihr mich?“

„Merkwürdig?“ lachte der Mann, der sich aber vollkommen sicher zu fühlen schien, denn er legte ohne weiteres seine lange Wäsche auf die dafür bestimmten Klöße über der Tür, schnalzte, während er sprach, sein Jagdmesser ab und legte sogar, zu seines Begleiters und Kompagnons Entsetzen, seinen Revolver auf den Tisch, der ihm am Körper wahrscheinlich zu schwer wurde. „Merkwürdig ist, daß du mich nicht kennst, oder habe ich mich wirklich in den sechs Jahren, die wir uns jetzt nicht gesehen, so auffallend verändert? — Am — vielleicht der Bart — nun? — kennst du mich noch nicht?“ Und damit griff er seinen alten grauen Filzhut an der Krempe und schleuderte ihn auf den Tisch.

Bradshaw war durch die Worte „seit sechs Jahren“ wohl für den Augenblick sicher, daß der Fremde nicht wußte, in welcher Eigenschaft er sich jetzt hier befand, aber die Beschreibung der alten Regentin paßte auf diese

Immer neue Unwetterkatastrophen

Wolkenbruch über Chemnitz

Chemnitz, 6. Juli. Am Montagabend ging ein schweres Gewitter über der Stadt nieder, das einen Wolkenbruch im Gefolge hatte. Der Blitz schlug mehrfach ein, ohne indessen zu zünden. Die Feuerwehr mußte wiederholt um Hilfe gerufen werden, um die entstandenen Wasserfluten zu beheben. Besonders schlimm wurde das Chemnitztal und Silberberg heimgesucht. Nach mehr als vier Stunden erst ließ der Regen nach.

Dresden, den 6. Juli.

Die schweren Unwetter am vergangenen Sonntag haben, den Blättern zufolge, besonders auch in der Oberlausitz schweren Schaden verursacht. Namentlich **Sachsen a. d. Spree** und **Schlagwald** haben schwer gelitten. In der Mechanischen Weberei Gentschel wurden das Kesselhäuschen und die Rohlenvorräte unter Wasser gesetzt. Die Bahnhofsstraße mußte wegen Einsturzes einer Brücke gesperrt werden. Die Ernte ist fast ganz vernichtet. Auch aus der Gegend von Penig und Rohnstein werden schwere Unwettergeschäden gemeldet.

Infolge der anhaltenden Niederschläge steigt die Elbe wieder. Für Dienstagabend wird ein Wasserstand von 230 Zentimeter über Null angelegt.

Ebenso sind über das westliche Vogtland am Sonntag Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen niedergegangen, so daß die Flüsse über die Ufer traten. Die Elbe stieg im Zeitraum von drei Stunden über 60 Zentimeter. Die Weiden gleichen Seen. In Hartmannsdorf schlug der Blitz in eine Scheune und richtete sie ein.

Berlin, 6. Juli. Im Lebufer Kreis sind bei einem schweren Unwetter am Sonntag in der Zeit von zwei Stunden etwa 62 Millimeter Niederschläge gefallen. Der größte

Neua Kapellmeister Hajet, hat angenehmste Unterhaltung. Die Kinder belustigten sich mit verschiedenen Spielen, auch war ein ergebendes Kinderkonzert angestellt, und „Kasperl“ gab fleißig „Safabovstellungen“. Beider Freude wickelte die Kapellmader, die sich durch schlichte ernste und feitere Lieder in die Herzen der Zuhörer hinein sangen. Eine reichhaltige Portier, von edlen Gebern gespendet, verhalf manchem zum Glück. Abends war Lampenzug der Kinder. Im großen Festsaal fand abends Ball statt. In musikalischer Weise führte die dramatische Vereinigung „Teutonia“ das feine Humour bietende Stück: „Die Heimgel-männchen“ auf; man glaubte Berufsständler spielen zu sehen. Trachten- und Schuhplattlergruppe vom Verein „M-nenrausch“ führte, begleitet von einer echt bairischen Kapelle, ihre prächtigen Nationaltänze auf. Das Fest hat allen gefallen und dem Volksverein neue Freunde gewonnen. Ego.

Sport

2. Deutsche Kampfspiele in Köln

Am das reichhaltige Montagprogramm voll zur Abwicklung bringen zu können, waren einzelne Kämpfe bereits für die frühen Morgenstunden angelegt. Die Schwerathleten konnten schon in aller Frühe einige neue deutsche Rekorde buchen. Hier sind es besonders die Vollerreiter, die ihren deutschen Stammschridern den Sieg nicht leicht werden lassen. In der Federgewichtsklasse gelangen dem erst 23jährigen Mählinger (Mannheim) vier deutsche Rekorde, und zwar 1. Einarmiges Reißen links 130 Pfund (alter Rekord 130 Pfund), 2. Einarmiges Stoßen rechts 179,4 Pfund (alter Rekord 179,1 Pfund), 3. Zweiarmliges Stoßen 229,4 Pfund (alter Rekord 220 Pfund), 4. Zweiarmliges Reißen 179,2 Pfund (alter Rekord 170 Pfund). Im Vorkampfbereich stellte Bobbio (Oberstein) einen deutschen Rekord in der beidarmigen Reißen auf, indem er 157,8 Pfund zur Deckung brachte. Außerdem verletzten Mählinger und Stadler (Witten) außer Konkurrenz 240 Pfund beidarmig zu stoßen, jedoch ohne Erfolg.

Die Schlagballturnierspiele hatten folgende Ergebnisse: Bonifatius Köln-Mitte gegen Turnklub Witten 41:24 (20:13), Spiel- und Eislaufverein Witten gegen Germania Gleiwitz 38:76 (17:39), Turnverein München 1850 gegen Coana, Männer- und Junglingsverein Gütersloh 64:57 (15:39), Turnklub Witten gegen Germania Gleiwitz 40:101 (21:36).

Die Kampfsportwette kamen in Köln die Vorkämpfer für die Kampfsportwette zum Austrag. Die Wettkämpfe sind so weit vorgeschritten, daß folgende Teilnehmer für die Endrunden bereits feststehen. Im Boxer: Kölner R.G. 1891, Kölner Klub für Kesselsport, Berliner Ruder-Klub und R.G. Hansa, Hamburg. Im Doppelweier o. St.: Wassersport-Verein Godesberg, Wiking (Wald), Harmonia (Hamburg), R.G. Worms. Im Einzel: Walter Fritsch (Frankfurter R.V.), Ruttowski (Havort Harmonia, Hamburg), Deuz (Germania, Frankfurt) und Volpert (Wiking, Witz). Im Freier o. St.: Kölner R.G. 1891, Mainzer R.V., Berliner R.V., Rendsburger R.V.

Teil des Sternberger Bruches steht unter Wasser, da das Wasser in den durch das Hoch- und Grundwasser gefüllten Gräben nicht abziehen kann. Schätzungsweise sind 3000 Morgen Ernte vernichtet. Im Kreis Westow wurde eine etwa 70jährige Frau und ihr Sohn vom Blitz getroffen. Der Sohn wurde getötet, während die Frau nur betäubt wurde und sich später erholte konnte. Von einem zweiten Blitzschlag wurde ein Kranen-tassengefäß getötet.

Großes Unwetter auch in der Eifel

Köln, 6. Juli. Heftige Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen haben auch in den verschiedensten Gegenden der Eifel großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Felder sind durch die von den Berghängen herabstürzenden Fluten völlig vernichtet worden. Die Weiden sind fast alle mit Schlamm bedeckt. Die Dorfstraßen sind zu reißenden Flüssen geworden, die tausende von Pfastersteinen heraus rissen und mit sich fortführten. Seit mehr als 25 Jahren kann man sich in der hiesigen Gegend an ein derartiges Unwetter nicht mehr erinnern.

In Heiligenwald im Saargebiet wurden gestern zwei Brüder im Alter von 24 und 25 Jahren vom Blitz getroffen. Einer war sofort tot, während der andere eine schwere Lähmung erlitt.

Erdbeben in Niederländisch-Indien

London, 6. Juli. Neuter meldet aus Padang: Ein neues schweres Erdbeben wird aus Fort de Rotterdam gemeldet. Mehrere Gebäude wurden schwer beschädigt. Allenfalls haben entstand eine Panik. Die Gesamtzahl der Toten übersteigt 400.

Die Hochschulleistungskämpfe in Görlitz

In dem am Montag in Görlitz ausgetragenen Schlußspiel der Hochschulleistungskämpfe im Fußball siegte die Universität Halle gegen Technische Hochschule Dresden 4:3. Halle ist damit Meister des Kreises IV. Das Schlußspiel der Fußballmeisterschaft der Universität Leipzig gegen Universität Breslau 7:5. Das Handballspiel Universität Breslau gegen A. T. V. 1847 Görlitz endete 6:2 (2:1). Universität Leipzig spielte gegen Technische Hochschule Breslau 4:3.

D.S.M. Dresden-Nord. Das für den 6. Juli 1926 angelegte Spiel gegen Turnverein Neu- und Antonstadt 1. mußte umstände halber ausfallen.

Vortragsfolge des Leipziger Senders

Mittwoch den 7. Juli.

- 3.00—4.00 nm.: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes, Vortragsvermittlung aus Berlin (Deutsche Wele), 3.00 nm.: Viktor Mann und Studienrat Treibel: Englisch für Anfänger.
- 3.55 nm.: Viktor Mann und Studienrat Treibel: Englisch für Fortgeschrittene.
- 4.30—6.00 nm.: Dresden: Gelobet seist du, Jesus Christ, Frau Russka! Mitwirkende: Max Feibig, Waagen, aus eigenen Bekken; Kapelle Bleich-Marve.
- 6.30—6.45 nm.: Musikfests.
- 6.45—7.00 nm.: Arbeitsbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 7.00—7.30 nm.: Vortrag von Staatsanwalt Dr. Blochow: Der Jugendliche im heutigen Strafrecht. 1. Teil.
- 7.30—8.00 nm.: Theatral: Ernst v. Wildenbruch und die Anfänge des deutschen Naturalismus (Gerhart Hauptmanns Jugendwerke).
- 8.15—9.15 nm.: Alte und neue Walzer. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. Anschließend (etwa 9.30 nm.): Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Funkenbranger.
- 10.00—11.00 nm.: Eine Stunde Mozart. Mitwirkende: Käthe Grundmann (Gesang), das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Alfred Simon. Gesangsbegleitung: Alfred Simon.

Berliner Sender.

- 6.00 nm.: Gymnastik durch Rundfunk 4. Tag.
- 4.00 nm.: Vortrag von Otto Köhler: Capri, die Insel der Sirenen.
- 7.00 nm.: Vortrag von Dr. Georg Lehden: Vom Lachen, Gähnen und Schnarchen.
- 7.25 nm.: Vortrag von Erich Schuler: Verbot schwimmen?
- 7.55 nm.: Haas-Bredow-Schule, Abteilung Reichsausschuss, Dr. Th. Föhner: In den Wäldern des Strafgeleges (Tat und Geleg).
- 8.30 nm.: „In den Bergen“. Dichtungen aus der Welt der Berge. Jirteritz, Jodeln, Gesang usw.

Gestalt genau, und nun selbst neugierig geworden, wer von seinen älteren Bekannten es sein könne, der da vor ihm stand, flog sein Blick forschend über die Züge des Mannes und haftere plötzlich auf der schon etwas hohen Stirn, an welcher eine nicht sehr große, aber eigentümlich dunkel gefärbte Narbe sichtbar wurde. Ein jäher Schreck zuckte ihm durchs Herz.

„Martham!“ rief er aus, „John Martham? Ist es denn möglich und denkbar?“

„Simp“, sagte der Bärtige mit lächerlicher Höflichkeit, indem er sich zu seinem Begleiter wandte und auf den Fremden deutete, „ich habe die Ehre, Euch hier meinen leiblichen Schwager, George Bradshaw, Coquiere, aus New Orleans vorzustellen — Mr. Bradshaw, Mr. Simp aus Süd-Carolina.“

„Ist das denn?“ rief Mr. Simp, indem er aber doch dem also Eingeführten die Hand hinüberreichte, „will aber verbrannt werden, wenn ich ihn nicht anfangs für einen verdammten Pantee hielt. How do you do, Mr. Bradshaw?“

„Danke Euch“, sagte Bradshaw ganz zerstreut, „aber Martham, um Gottes willen, in dieser Wildnis habt Ihr Euch niedergelassen — und Euer Kind?“

Des Mannes Brauen zogen sich düster und wild zusammen.

„Ihr wißt, wie Eure Schwester starb“, sagte er mit festgepreßten Zähnen.

„Ja, weiß ich“, sagte Bradshaw leise.

„Zehn Regentannalen töteten sie, während ich vom Danie fern war, und nur meine Amme, die mit Susan von New Orleans gekommen, rettete den Knaben. Dann erreichte der Krieg auch unser Land — unsere Pflanzungen wurden zerstört, unser Eigentum uns genommen. Wir führten einen verzweifelten Kampf bis zum letzten Augenblicke, aber — unsere Kräfte waren aufgegeben, unsere jungen Leute getötet, unsere Geldmittel erschöpft, und da — mit meiner Möglichkeit, die jetzt vollkommen wertlose Plantage zu

verkaufen, stellte ich sie unter die Aufsicht eines Freundes und zog nach Westen.“

„Und das Kind?“

„Hat der nämliche zu sich genommen — du kennst ihn selbst, glaub' ich — Tom Hutter von Georgien.“

„Der falsche Spieler?“ rief Bradshaw entsetzt.

„Dah, er hat eine geschickte Hand“, lachte Martham, „und hol's der Teufel! Weib es sich nicht gleich, wie ein Mann sein Geld gewinnt, wenn er's nur eben gewinnt? — Aber was führt dich in den Wald?“

„Das selbe, was dich in die Welt getrieben“, sagte Bradshaw, aber zerstreut, denn tausend Gedanken stürzten ihm durch das Hirn, „der Zustand im Süden, der zuletzt unerträglich wurde.“

„Und deine Eltern?“

„Wieder in New Orleans, aber Vater hat Pläne, nach Yulatan überzusiedeln, um nicht mehr unter der Regierung des Nordens zu leben. Die Schwwestern sind ebenfalls, wie du ja recht gut weißt, mit Leib und Leben Südländerinnen.“

Martham schwieg, aber sein feines dunkles Auge hastete so fest und forschend auf dem Schwager, daß dieser anfangs, sich nicht wohl zu fühlen. Hatte er Verdacht geschöpft? Wie konnte der Gatte seiner verstorbenen Schwester, ein Mann, der selber zu der geachteten Aristokratie des weiten Landes gehörte, zu einem gewöhnlichen und gemeinen Straßenräuber und Mörder herabgesunken sein — es ließ sich nicht denken! Doch Martham vermochte vielleicht ihm selber Auskunft zu geben, ob eine Bande gekleideten Gefolgses hier überhaupt existiert habe und wieviel Wahres an all den Märchen sei, die man sich in den Staaten darüber erzählte — und doch fürchtete er sich, mit dieser Frage direkt herauszukommen — aber Martham kam ihm auf halbem Wege entgegen.

„Daß du allein den Red-River gekreuzt oder in Gesellschaft?“ fragte der Bärtige nach einer längeren Pause, in der er still und nachdenkend vor sich niedersaß.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Staffelung der Kündigungsfristen

Der Reichstag hat kurz vor seinen Ferien das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung auf Angestellte, die nach § 1 des Versicherungsverfallgesetzes für Angestellte versicherungspflichtig sind oder sein würden, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst die Gehaltsgrenze nach § 3 des Versicherungsverfallgesetzes für Angestellte nicht übersteigt.

§ 2. Ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte, ausschließlich der Beihilfe, beschäftigt, darf einem Angestellten, den er oder, im Falle einer Rechtsnachfolge, er und seine Rechtsvorgänger mindestens fünf Jahre beschäftigt haben, nur mit mindestens drei Monaten Frist für den Schluß eines Kalendervierteljahres kündigen. Die Kündigungsfrist erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren auf vier Monate, nach einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren auf fünf Monate und nach einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren auf sechs Monate. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Dienstjahre, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres liegen, nicht berücksichtigt.

Die nach Absatz 1 eintretende Verlängerung der Kündigungsfrist des Arbeitgebers gegenüber dem Angestellten beruht eine vertraglich bedingene Kündigungsfrist des Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber nicht.

Unberührt bleiben die Bestimmungen über fristlose Kündigungen.

§ 3. Kündigungen, die zwischen dem 15. Mai 1928 und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mit kürzerer als der im § 2 Absatz 1 vorgesehenen Frist ausgesprochen sind, gelten als mit dieser Frist erfolgt.

Mit obigem Gesetz ist eine wichtige Änderung in dem bisher bestehenden Kündigungsverfahren eingetreten. Wann macht erstmalig den Versuch, durch eine Staffelung der Kündigungsfristen entsprechend der Beschäftigungsdauer bei einer Firma den älteren Angestellten einen größeren Schutz vor dem Abbau zu geben. In dem Gesetzentwurf seitens der Regierung war vorgesehen, das Gesetz nur Anwendung finden zu lassen auf diejenigen, die 40 Jahre alt sind und der Versicherungspflicht nach § 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes unterliegen. In dieser Fassung hätte das Gesetz leicht das Gegenteil von dem erreichen können, was es erreichen soll. Man wäre vielfach dazu übergegangen, den älteren Angestellten in Zukunft nicht mehr mit 40 oder 42 Jahren abzubauen, sondern ihn eben mit 30 Jahren abzubauen, und man hätte praktisch damit nur eine Verschlechterung für den Angestellten erreicht. Um aber trotzdem speziell den älteren Angestellten einen besonderen Schutz zu gewähren, hat man dem § 2 hinzugefügt, daß die Berechnung der Beschäftigungsdauer erst vom 25. Lebensjahre ab beginnt. Noch eine andere wichtige Änderung hat die endgültige Fassung gegenüber dem Gesetzentwurf gebracht. Die Regierung hatte vorgesehen, die Kündigungsfristen nicht für den Schluß eines Kalendervierteljahres festzusetzen, so daß bei einer dreimonatlichen Kündigungsfrist praktisch im Jahre 12 Kündigungsfristen möglich gewesen wären, während nach der neuen Fassung nur vier Kündigungsfristen verbleiben. Ebenso wollte die Regierung den Arbeitgebern die Möglichkeit geben, die Kündigungsfristen zu verkürzen durch eine erhöhte Zahlung der Abgangentschädigung, und zwar sagte sie:

„Erhält der Angestellte eine Abgangentschädigung und erreicht diese den letzten maßgebenden Monatsgehalt, so ist die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate; erreicht sie den einmonatlichen Monatsgehalt, so ist die Frist mindestens sechs Wochen; erreicht sie den doppelten Monatsgehalt, so ist die Frist mindestens ein Monat.“

Von diesem Gedanken hat man in der endgültigen Fassung dann Abstand genommen, da auch heute schon in vielen Fällen Abgangentschädigungen gezahlt werden müssen, die man den Angestellten erhalten will, ohne dadurch auf der anderen Seite ihre Kündigungsfristen zu verkürzen.

Um den bei der Zusammenlegung in der Stahlindustrie in so großen Massen stellenlos gewordenen Angestellten wenigstens auch noch die Vorteile des neuen Gesetzes zu sichern, hat man die Gültigkeit rückwirkend bis auf den 15. Mai 1928 ausgedehnt. So bleibt zu hoffen, daß das obige Gesetz nur der erste größere Baustein in der Fürsorge für die älteren Angestellten ist.

Verlängerte Amtsdauer der Vorsitz der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Im Reichstag wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Amtsdauer der Vorsitz der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte reichsweit bis zum Inkrafttreten eines Arbeitsgerichtsgesetzes, längstens aber bis zum 31. Dezember 1927, ausgedehnt wird.

Der Arbeiterdichter Heinrich Versch

Von Hans Vaihhausen.

Wir standen auf der Höhe des Münsterplatzes in M. Gladbach, im Hintergrunde den allsehendigen Bau der Kirche, zu unsern Füßen das prächtige Bild der Stadt im Scheine der Roemerkerne.

„Dieser Platz ist mir lieb“, sagte der Dichter, „sie werden sich als Fremdling im Industriegebiet hören an den rauchenden Schornsteinen. Mir ist ihr Anblick vertraut, und ich möchte sie nicht missen. Geben Sie der schmucklosen Stadt nicht den Ausdruck eines Monumentalen, nächst jenem Baue dort?“ — und er wies auf die tausendjährige Münsterkirche. „Wie viele Erinnerungen weckt jener Anblick!“ fuhr er fort, auf die rauchenden Arbeitsstätten weisend, deren Schöte sich wie Finger vieler Hände gen Himmel reckten. Und er begann zu erzählen, was ihn mit diesem Werke von Fabriken verband, in deren Mitte er aufgewachsen, in deren Eingewänden er Tage und Nächte geschlafen, gewühlt, gehämmert, er, das Kind des Kesselschmiedes, der Sohn des Proletariats. Sonntags aber oder in kurzen Ruhestunden, zwischen der Arbeit sei es ihm ein Späß gewesen, die Innenwandung dieser in die Luft gestürzten Schächte hinaufzuklimmen, um wie ein Vogel von höchster Warte über das Häuser- und Menschengewoge hinweg nach den Feldern und Wiesen hinüberzuschauen, zwischen deren Hecken, in deren birkenüberlaubtem Grün er sich als Junge getummelt. —

„Wie er es im Gedichte „Wir“ ausgesprochen. Das ist das Wunderbare: durch allen Lebenskampf, durch den Taumel nach Gold und Besitz, in Hitze und Kälte, Rauch und Staub, herauf und beschmutzt.“

Mit Sorgen und Bangen die Zukunft erwartend, ein Ziel in uns zu tragen, das hoch über alles Irdische liegt. In dessen Glanz das Dunkle und Trübe leuchtet, das uns verschlingert mit den Werten der Erde.

Wir sind es, die in Herzensstiefen allen Lebensinn empfinden, der mühen soll im Einzigen wahren.

Die ungarische Bodenreform

(Von unserem Berichterstatter)

Budapest, Anfang Juli.

Außer Rußland war vielleicht in keinem Lande die vorzügliche Verteilung des Bodens so ungesund, wie in Ungarn. Ueber 30 Prozent des gesamten Grundbesitzes lag in der Hand des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Da aber das Land ein Agrarstaat war, mußte dieses ungesunde Verhältnis notwendigerweise zur Auswanderung und zum Marxsozialismus führen. Laut amtlichen Ausweises sind aus Ungarn bis vor dem Kriege jährlich über 100 000 Personen nach Amerika ausgewandert. Sie konnten sich in dem sonst reichen und nicht einmal dicht bevölkerten Lande nicht ihr tägliches Brot verdienen. Wer nicht auswanderte, war gezwungen, als Tagelöhner sein Leben zu fristen. Da aber der Großgrundbesitz mit modernster wirtschaftlicher Ausrüstung arbeitete, wurden die Hände der Tagelöhner und Feldarbeiter allmählich überflüssig. Einen zu eigenem Bedarf nötigen Grund sich anzukaufen, vermochten die Kleinbauern und Feldarbeiter nicht, weil sie mit dem Großgrundbesitz und dem Großkapital, das den feilen Grund überall ankaupte, nicht konkurrieren konnten. Notwendigerweise setzte daher unter den Kleinbauern und Feldarbeitern eine Unzufriedenheit ein, die von den sozialistischen Gewerkschaften für Parteizwecke geschickt ausgenutzt wurde.

Bei dieser Stimmung im Lande und an der Front setzte die gemessenlose, nur an die Leidenschaft appellierende Tätigkeit Michael Karolyis ein. Er versprach Brot, stellte den Feldarbeitern und Kleinbauern Grund und Boden in Aussicht und erwarb sich auf diese Weise über Nacht die Sympathie weiter Massen. Es ist ganz sicher, daß Karolyi ohne die in Aussicht gestellte Bodenreform bei der Landbevölkerung kein Verständnis gefunden hätte, und daß der Bolschewismus ohne die Verteilung des Großgrundbesitzes schon in den ersten Tagen zusammengebrochen wäre.

Dieser Tatsache Rechnung tragend, hat die christlich-nationale Regierung nach dem Kommunismus sofort das Bodenreformgesetz geschaffen, um eine gesunde Verteilung des Bodens zu bewerkstelligen und den Boden hunger der Besitzlosen zu stillen. Im Sinne dieses Gesetzes haben auf Grund Anspruch die Kriegsinvaliden, Kriegswaisen und erwachsenen Kriegswaisen, wenn sie kein Haus und keinen Grund haben, ferner die besitzlosen landwirtschaftlichen Arbeiter, die selbständigen Zwerge und Kleinbesitzer, wie auch die besitzlosen Handwerker. Die Kriegsinvaliden konnten 600 Quadratmeter als Hausstelle, die besitzlosen landwirtschaftlichen Arbeiter eine Hausstelle und drei Katastraljoch Grund — ein Katastraljoch 1400 Quadratmeter — und die Zwerge besitzer 15 Katastraljoch beanspruchen. Außerdem wurde auch unter die Mitglieder des sogenannten Feldenordens Grund verteilt. Es sei aber bemerkt, daß Mitglied des Feldenordens nur gewesene Soldaten mit ungarischem Namen, oder auch Deutsche, wenn sie vorher ihren Namen magyarisieren ließen, werden konnte.

Die Aufstellung des unter das Gesetz fallenden Großgrundbesitzer hat das Bodenreformgericht bewerkstelligt. Zwei Sachverständige wurden mit der Abschätzung der Preise der zur Verteilung gelangenden Güter betraut. Der Preis mußte dann von jedem, dem der Grund zugewiesen wurde, in vollem Werte bezahlt werden. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage wurde aber in den meisten Fällen die Feststellung des Preises auf zehn Jahre verschoben. Bis dahin muß selbstverständlich ein fest bestimmter Pachtzins bezahlt werden. Die Uebergabe des Besitzes an den Anwärter erfolgte, wenn das ganze behördliche Verfahren zu Ende war.

Das Bodenreformgesetz hat nur fünf Jahre Gültigkeit. Diese Gültigkeit lief anfangs Juli ab. Allerdings werden die schon vor dem 1. Juli eingeleiteten Verfahren bis zu deren gänzlicher Regelung fortgesetzt. Bisher hat das Bodenreformgericht 850 000 Katastraljoch Grund zur

Verteilung gebracht, wovon 670 000 Joch an ganz besitzlose Tagelöhner, und nur 180 000 Joch an Kleinlandwirte gelangt sind. Dadurch ist erreicht worden, daß die Zahl der eigenen grundbesitzenden Ackerbau treibenden in den letzten zehn Jahren von 620 000 auf 840 000 erhöht werden konnte. Von zehn Jahren umfaßte der Kleingrundbesitz 7 140 000, gegenwärtig aber schon 8 800 000 Katastraljoch. Bis jetzt hat das Bodenreformgericht nur zwei Drittel der Gemeinden mit Urteil erledigt. Wenn alle Befehle vorgenommen sein werden, werden noch weitere 250 000 Katastraljoch verteilt werden können.

Dieser Ausweis ist ein Beweis dafür, daß die Bodenreform trotz der Gegenaktion gewisser Kreise einen positiven Erfolg aufweisen kann. Wenn man aber bedenkt, daß von den 18 Millionen Katastraljoch Rumungarns 6 Millionen auf den Besitz über 1000 Joch entfallen, daß ferner 36 Prozent der landwirtschaftlich erwerbenden Bevölkerung Besitzer und Pächter mit einem Besitz unter 10 Katastraljoch, 50 Prozent aber besitzlose Arbeiter sind, so daß beide zusammen 86 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung ausmachen, so wird das entworfen Bild ungünstiger.

Die Gegner der Bodenreform haben ihr Möglichstes getan, um deren Durchführung zu hindern. Bei dem Einfluß, den das Nationalasien in Ungarn auf die Politik hat, war ihr diesjähriges Bemühen nicht erfolglos. Viel mehr aber hat der Bodenreform die schwere wirtschaftliche Lage geschadet. Der große Geldmangel wie auch der Mangel an Kredit haben vielen, die zu Boden gekommen sind, nicht ermöglicht, daß sie den Ablösungspreis bezahlen, sich die nötigen Wirtschaftsgüter verschaffen oder auf der ihnen zugemessenen Hausstelle ihr Haus bauen. So sind z. B. von den 170 000 ausgeteilten Hausstellen nur 30 000 verbaut, weil den meisten das Geld zum Bauen fehlt. Wenn auch nicht in dem Maße, verhält es sich doch ähnlich auch bei jenen, die 10—15 Joch Grund zugeteilt bekommen. Es ist schon vorgekommen, daß einzelne der Herrschaft den Grund zurückgegeben haben, weil sie nicht imstande waren, ihn zu bebauen.

Die Bodenreform wurde aus sozialen Gründen geschaffen. Auch wenn die Bodenreform für die Produktion vorübergehend von Nachteil wäre, — was aber in Ungarn nicht der Fall ist, da der Großgrundbesitz nicht so sehr Weizen, wie vielmehr Futtererbsen u. dergl. anbaut, — hätte sie doch geschaffen werden müssen, denn sie hat ihr soziales Ziel erreicht, die Arbeitslosigkeit vermindert, der Unzufriedenheit den Boden entzogen und die Zahl der unabhängigen Existenzen vermehrt. Als im Jahre 1916 Bischof Prohaska von Stuhlweihenburg in der ungarischen Landwirtschaftsgesellschaft eine Rede über die Bodenreform hielt, die ungeheures Aufsehen erregte, schrieb die „Allniedliche Volkszeitung“: „Es ist kein Zufall, daß es ein Bischof ist, der den größten sozial-reformatorischen Plan entrollt, der bisher dem Weltkrieg entsprang.“ Graf Tisza hat damals den Plan des Bischofs Prohaska verworfen. Es ist der Zusammenbruch und der Bolschewismus gekommen, der den Plan der Bodenreform herantreiben und verwirklichen ließ. Durch die Bodenreform ist nicht nur Bischof Prohaska, sondern auch die katholische Kirche in Ungarn anerkannt, die in nachahmenswerter Opferwilligkeit mehrere tausend Joch Grund von den Kirchengütern für die Zwecke der Bodenreform zur Verfügung gestellt hat.

Rucksäcke, Lederqamaschen
Wickelqamaschen, Wanderstutzen
T. ALBERT, BAUTZEN
Lauengraben 10 Fernsprecher 1078

Darum sind wir in diese Welt hineingestellt, und wir wollen unsern Beruf erfüllen.

Als Arbeiter Mensch sein, der über sich die Gerechtigkeit sieht und vor sich die Freiheit sieht, in dessen Herzen die Schönheit ist.

Wir wollen den Dreiklang in Harmonie: Ein Leben in Arbeit, Schönheit und Liebe.

Die Ziele stehen hoch, der Weg ist mühsam, und der Feinde sind viele.“

Da steht das herbe Wort: „Wir wollen unsern Beruf erfüllen.“ Aber dieser Beruf ist schwer.

Der Schein des Schmiedefeuers flackert über seiner Jugend, der Klang des Ambosses überläßt die Schreie des Kindes. Früh kennt der Kernbesitzer jeden Griff und Hahn der Dampfmaschine, spielt seine Hand träumend mit dem Hammer, dessen Stiel ihm in der Faust festzuwachsen soll, dessen Taktschlag seine Schritte begleitet, als er den Weg aus des Vaters Werkstatt hinausnimmt in die Welt der Länder, darin Menschenbrüder leiden und hämpfen wie er. Den Rhein hinauf zur Schweizer Grenze und wieder zurück durch die Niederlande bis hinab an die Nordsee, nach Wien in den brudelnden Herzkessel der Arbeiterrevolten des Vorkrieges, wo den „christlich Organisierten“ der Umgang mit den anarchischen Genossen in schwere Konflikte wirt, wo sich ihm die Rot der Waffen in lurchelbaren Wäldern erhält, trägt ihn sein Fuß. Nach Süden entleidend, durchstreift er Italien. In Florenz packt ihn das Helmschwert.

„Meine armen Augen schmerzen
Von der Fülle allerwärts.“

„Alles bist du, nur nicht Heimat.“

Wo soll er sie suchen, wenn nicht auf dem Grunde des Herzens? Aber wohin er das Herz treibt, wo es Ruhe findet, hindern ergreifend die Verse:

„Du hast dein Lächeln wie einen Anker in den Grund meiner Seele gesenkt;
Und hoch über mir und tief unter dir wagt das brausende Meer:
Ich halte dich, ich lasse dich nicht, geht noch die See so schwer.“

„Zu hast dein Lächeln wie einen Anker in den Grund meiner Seele gesenkt; Und hoch über mir und tief unter dir wagt das brausende Meer: Ich halte dich, ich lasse dich nicht, geht noch die See so schwer.“

„Zu hast dein Lächeln wie einen Anker in den Grund meiner Seele gesenkt; Und hoch über mir und tief unter dir wagt das brausende Meer: Ich halte dich, ich lasse dich nicht, geht noch die See so schwer.“

„Zu hast dein Lächeln wie einen Anker in den Grund meiner Seele gesenkt; Und hoch über mir und tief unter dir wagt das brausende Meer: Ich halte dich, ich lasse dich nicht, geht noch die See so schwer.“

Die deutsche Wirtschaft im Juni

Leichte Belebung verschiedener Industrien.

Die Wirtschaftslage zeigte nach den Berichten der preussischen Handelskammer im Juni 1928 eine leichte Belebung. Diese machte sich besonders im Bergbau bemerkbar, und zwar nicht nur bei der Steinkohle, wo der Auslandsabsatz infolge des englischen Bergarbeiterstreiks stieg, sondern auch in der Braunkohle und im Kali. Der Kaliaussatz ist von 418 000 Doppelzentnern im Mai auf rund 800 000 Doppelzentner im Juni gestiegen. Die Zuzugnahme entfällt vorwiegend auf den Export. In der eisenverarbeitenden Industrie wird die Lage ebenfalls optimistischer beurteilt. Dagegen leidet die erdenverarbeitende Industrie, insbesondere die Kleinteilindustrie noch sehr. In der Textilindustrie zeigte sich eine geringe Besserung. Die Lage der chemischen Industrie war befriedigend, die der elektrotechnischen ließ zu wünschen übrig. Der Baumarkt zeigte nicht die erhoffte Belebung. In der gesamten Maschinenindustrie ist eine Verschlechterung, besonders auf dem Inlandsmarkt, festzustellen. Anzeichen für eine Besserung sind nicht vorhanden. Im Automobil- und Waggonbau ist die Lage zum Teil nicht unbefriedigend; die Karosserie-Werke sind voll beschäftigt. Die chemischen Erzeugnisse sind im Geschäftsgang und Bestand befriedigend. Die Elektrizitätsindustrie meldet lebhaftig in elektromechanischen Apparaten eine Belebung. Der Absatz in der Automobilindustrie läßt noch immer zu wünschen übrig. Die Produktion der Filmindustrie bewegte sich in engen Grenzen. Die Bauindustrie hat schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen. In der Lebensmittelindustrie erhofft man von der Bemittlung eines Reichsdarlehens bessere Lage. In der Seidenindustrie bestand Nachfrage für leichte Sommerstoffe. Für die übrigen Industriezweige ist die Lage kaum verbessert. Im Einzelhandel trat eine weitere Abschwächung ein; es wird auf dem Lande nur das Allernotwendigste und Billigste gekauft. Der Handel leidet in den Städten der großen Zahl der Erwerbslosen.

Die Wirtschaftslage des Handwerks im Monat Juni erscheint nach dem Bericht der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtes, im ganzen betrachtet, ungünstiger als im Monat Mai. Das kommt darin zum Ausdruck, daß sich die in einigen Gewerben im vorigen Monat aufstrebende Belebung nicht fortgesetzt habe. Im Gegenteil sei zu beobachten, daß sogar in den Saisongewerben ein Stillstand in der Beschäftigung zu verzeichnen sei. Sogar das Baugewerbe, für das gerade der Juni der Hauptbeschäftigungsmonat ist, habe wieder Arbeiterentlassungen vornehmen müssen. Wahrgenommene Vertreter von Konzernen rechneten damit, daß im Höchstfall 20 Prozent der augenblicklichen Erwerbslosenunterstützungsempfänger wieder dauernde Beschäftigung in der Industrie werden können. Verursacht werde die unzulängliche Wirtschaftslage durch das allgemeine Darniederliegen der Wirtschaft, die noch kaum Anzeichen der Erholung zeige. Außerdem wirkten sich auch falsche wirtschaftspolitische Maßnahmen schädigend im Handwerk aus, so das Vorgehen der Behörden bei Subventionen. Auch über amtliche Regio- betriebe sei zu klagen, die zu einer schmerzhaften Konkurrenz für das Handwerk würden. Als falsche Sozialpolitik müsse es bezeichnet werden, wenn öffentliche Abverpflichtungen dazu übergingen, Erwerbslose mit den Arbeiten ihres Berufes zu beschäftigen, anstatt solche an selbständige Unternehmer zu vergeben.

In dem Bericht wird weiter betont, daß die Kapitalverhältnisse noch keine Besserung erfahren haben. Die Verarbeitende des Reichsbankdarlehens machte sich für den Kreditverkehr des Handwerks kaum sichtbar, da er sich nicht auf langfristige Kredite auswirkte. Die Beschaffung langfristiger Kredite, eine Lebensfrage für das Handwerk, stöße immer noch auf große Schwierigkeiten. Die Berichte der Handwerkskammer enthielten auch zahlreiche Klagen über den immer stärker werdenden Steuerdruck.

Mißbrauch von Erwerbslosenunterstützung

Vom öffentlichen Arbeitsnachweis Dresden und Umg. wird uns geschrieben:

In der Öffentlichkeit begegnet man sehr häufig der Meinung, daß nirgends soviel gekündigt wird, wie beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung. In der Tat haben in letzter Zeit die Fälle von Betrug und Urkundenfälschung größter Art in bedauerlicher Weise zugenommen.

Es lassen sich drei Gruppen des betrügerischen Unterstüßungsbezuges feststellen. In der Hauptklasse handelt es sich um sogenannte Schwarzarbeit. Es entspricht dem Wesen der Erwerbslosenunterstützung, daß Unterstützung erst dann in Frage kommen kann, wenn keine Arbeitsmöglichkeit besteht. Bei Schwarzarbeit wird nicht nur sogenannter Nebenverdienst oft verschwiegen, sondern es wurden auch feste Arbeitsverhältnisse oft von Wochen und Monaten festgestellt, in denen nebenbei Erwerbslosenunterstützung bezogen wurde. Meist verbindet sich mit dieser Kategorie die zweite Gruppe strafbarer Handlungen: die Verletzung der Kontrollvorschriften durch eigenmächtige Stempelnachahmungen, Radierungen oder vorgezeichneten Kontrollzeit oder Vorlegung der Kontrollkarte durch eine dritte Person. Auf jeder Kontrollkarte ist besonders darauf hingewiesen, daß die Kontrollkarte eine öffentliche Urkunde ist, daß sie nur von dem vorgelegt werden darf, auf dessen Namen sie ausgestellt ist und daß jede Radierung und Fälschung strafrechtlich verfolgt wird. Leider werden diese Hinweise oft wenig beachtet und täglich müssen solche Unredlichkeiten festgestellt werden.

Die dritte Gruppe von Mißbrauchsfällen betrifft endlich allgemein das Vorbringen unwahrer Angaben, durch die der Bezug der Erwerbslosenunterstützung erreicht wird. Hierher gehören insbesondere auch die Forderungen, die während des Bezuges der Erwerbslosenunterstützung in den persönlichen oder Familienverhältnissen des Erwerbslosen eintreten (z. B. Eheschließung oder Kinderzuzug usw.). Ein besonderes Merkmal für Erwerbslose, über dessen Empfang schriftlich zu quittieren ist, läßt jeden einzelnen zweifelsfrei auf. Es ist durchaus nicht zutreffend, daß alle Fälle von Mißbrauch aus Not geschehen. In vielen Fällen handelt es sich um offene Gewinnsucht oder Bequemlichkeit.

Es ist selbstverständlich, daß über Fälle betrügerischen Unterstüßungsbezuges Strafanzeige erfaßt wird und neben einer empfindlichen Gefängnis-, Haft- oder Geldstrafe hat der Betreffende nicht selten noch Nachteile in seinem weiteren beruflichen Vorwärtsschreiten. Der Arbeitsnachweis erachtet es deshalb für seine Pflicht, vor mißbräuchlichem Bezug der Erwerbslosenunterstützung nachdrücklich zu warnen. Er wird jede Anzeige über betrügerischen oder unredlichen Bezug der Erwerbslosenunterstützung mit aller Schärfe verfolgen.

Die Wirtschaftsenquete und das Handwerk

So oft wir der Meinung waren, die Krisis, von der unser Wirtschaftsleben seit dem Weltunglück befallen ist, habe ihren Höhepunkt erreicht und die Zeit einer Besserung der Wirtschaftslage ihren Anfang genommen, ebenso oft hat sich unsere Meinung als falsch erwiesen, weil wir erkennen mußten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse von Jahr zu Jahr verworrenere, insgedessen die Beschaffung der nötigen Nahrung, Kleidung und Wohnung für unser 60-Millionen-Volk immer schwieriger wurde. So lösten sich Hoffnungen und Enttäuschungen im bunten Wechsel ab ohne Rücksicht darauf, wie diese seelischen Spannungen auf unsere Volksgenossen wirken würden. Kein Wunder, daß Mutlosigkeit und Verzweiflung sich in weiten Kreisen der Berufsstände eingenistet haben und dort die letzte, aus dem zermürbenden Kampf ums Dasein verbliebene Kraft zu zerstören drohen. Nichts aber kann für unser Volk unheilvoller werden, als wenn es anfängt, an sich selbst und seiner Zukunft zu verzweifeln.

Diese von Tag zu Tag deutlicher werdende Gefahr hat die verantwortlichen Männer der Regierung und der Wirtschaft auf den Plan gerufen und veranlaßt, besondere Maßnahmen zu treffen, um den Ursachen der anhaltenden Verschlechterung unserer Wirtschaftslage auf den Grund zu gehen und Mittel und Wege zu ihrer Gesundung zu finden. So ist man auf den Gedanken gekommen, vom Reich aus eine sogenannte Wirtschaftsenquete, eine eingehende Untersuchung über die deutsche Wirtschaft, zu veranstalten, an deren Durchführung sich sämtliche Wirtschaftsgruppen beteiligen sollen. Den äußeren Anstoß zu diesem Plan gaben Anregungen des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates, vor allem aber die 1925 von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite herausgegebenen Denkschriften. Die neben der Darlegung von Gründen für die Wirtschaftsnote Vorschläge zu ihrer Beseitigung enthielten. So ehrlich diese Denkschriften auch gemeint gewesen waren, so wiesen sie doch alle den gleichen Fehler auf: sie suchten die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht bei ihrer eigenen Wirtschaftsguppe, sondern glaubten immer wieder die andere Seite dafür verantwortlich machen zu müssen. Immerhin ist ihr Verdienst, daß sie mit aller Eindringlichkeit nachgewiesen haben, es müsse etwas ganz Besonderes geschehen, wenn der Höhepunkt der Wirtschaftskrisis endlich überwunden werden soll. Die den Verfassern bei der Feststellung der Gründe und Auswirkung der Wirtschaftskrisis unterlaufene Einseitigkeit soll in der beabsichtigten Wirtschaftsenquete dadurch vermieden werden, daß man mit ihrer Durchführung einen besonderen Ausschuss betraut hat, der sich aus Männern der Praxis, der Wissenschaft und aus Führern amtlicher Verbände zusammensetzt. Insgesamt gehören ihm 35 Mitglieder an, die teils vom Reichstag, teils vom Reichswirtschaftsrat und von der Reichsregierung vorgeschlagen oder berufen wurden. Als Vertreter des Handwerks befinden sich in dem Ausschuss der vom Reichstag vor-

geschlagene Reichstagsabgeordnete Dr. Wienbeck, Syndikus der Handwerkskammer Hannover, sowie der vom Reichswirtschaftsrat empfohlene Generalsekretär Hermann vom Reichsverband des deutschen Handwerks.

Um dem Ausschuss zur Durchführung seiner Aufgaben eine rechtliche Grundlage zu geben, war bereits unter dem 15. April 1928 vom Reichstag ein Gesetz über einen Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft angenommen und veröffentlicht worden. Am 8. Juni hat der Enqueteausschuss im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrates in Berlin zum ersten Male getagt. Was er soll und will, geht deutlich aus folgenden Worten des Reichswirtschaftsministers in der Eröffnungssitzung hervor: „Wir dürfen uns nicht begnügen, für unsere wirtschaftliche Lage eine Begriffsbestimmung zu finden, sondern wir müssen uns nach alle dem, was wir während des Krieges, während der Inflation und der ihr folgenden Deflationszeit erlebt haben, eine Bestandsübersicht über die produktiven Kräfte, die Rohstoffverhältnisse, Arbeitsbedingungen und Absatzverhältnisse schaffen. Andererseits müssen wir zum vollen Verständnis die Ursachen klären, welche unsere heutige Lage bedingen. Darüber hinaus werden wir uns durch vorsichtige Erfassung von erkennbaren Entwicklungstendenzen auch über den voraussichtlichen Weg der Entwicklung Aufschluss zu geben versuchen.“

Danach haben alle Berufsstände ein hohes Interesse daran, daß die Wirtschaftsenquete möglichst reibungslos und erfolgreich durchgeführt werden kann. Besonders das Handwerk sollte es begrüßen, daß ihm zum ersten Male Gelegenheit gegeben wird, restlose Aufklärung über seine Bedeutung in der Volkswirtschaft zu geben, damit endlich die falsche Vorstellung von dem allmählichen Verschwinden der handwerklichen Produktionsweise aus unserer Wirtschaft der Erkenntnis Platz macht, daß das Handwerk nach wie vor wichtige Aufgaben in der Gesamtwirtschaft erfüllt und dabei einen großen Teil unseres Volkes ernährt. Diese Feststellungen werden um so wichtiger sein, weil sie nicht wie bisher aus Handwerkerkreisen erfolgen, sondern weil sie von einer Stelle ausgehen, die Angehörige aller Wirtschaftsgruppen umfaßt.

Es wird natürlich nicht zu umgehen sein, daß die Ausführungsorgane des Enqueteausschusses dort, wo man ihnen aus kleinlichen Bedenken trotz der ihnen auferlegten Schweigepflicht die Auskunft verweigert, Zwangsmaßnahmen anwenden müssen. Die Handwerker werden einsichtig genug sein, solche Maßnahmen zu vermeiden und in der Beteiligung an der Wirtschaftsenquete ein Stück berufständischer Selbsthilfe sehen, die geeignet ist, den übrigen Volksgenossen darzutun, daß sie mit dem handwerklichen Berufsstande als einem lebenswichtigen Gliede der deutschen Wirtschaft und Volksgemeinschaft rechnen können.

* Gute Weizenenernte? Die Tendenz des Weizenmarktes ist in der letzten Woche allgemein schwach gewesen. Der Grund ist weniger in einem Nachlassen der europäischen Nachfrage als in den günstigen Wetterverhältnissen in Nordamerika zu suchen. Die Erntearbeiten in den Winterweizengebieten der U.S.A. sind in vollem Gange und in den südlicheren Bezirken bereits beendet. Die Ernte selbst hat die hochgepaanten Erwartungen in Bezug auf ihren Umfang übererfüllt, da sich der Ertrag pro Acre in vielen Staaten als unterschätzt herausgestellt hat. Es dürfte mit einer sehr großen Weizenenernte zu rechnen sein.

* Die internationalen Eisenverhandlungen. Am 8. Juli finden in Düsseldorf Verhandlungen über verschiedene Einzelfragen für die geplante internationale Eisenverhandlung statt.

* Dawes-Obligationen und Auslandsanleihen der deutschen Industrie. Auf Veranlassung des Treuhänders für die deutschen Industrieobligationen ist die Industrie darauf aufmerksam gemacht worden, daß in den Anleiheprospekten deutscher Firmen vielfach die Belastung nicht erwähnt ist, die aus Grund des Zinsrücklageobligationsgesetzes auf den Industriebetrieben und gewerblichen Betrieben ruht. Die Industrie ist darauf hingewiesen worden, daß diese Erwähnung in den Prospekten dringend erwünscht ist, einmal mit Rücksicht auf die Bonität der Dawes-Obligationen, sodann mit Rücksicht auf die Zeichner der Anleihe für deutsche Industriefirmen. Unter Umständen würde damit zu rechnen sein, daß die bisher vereinbarungsgemäß unterlassene Eintragung der Last in das Grundbuch vom Treuhänder im Einzelfalle nachverlangt wird, wenn der Hinweis auf die Last in Anleiheprospekten fortgelassen ist.

* Deutschland und Polen. In einem Interview mit einem Vertreter der „Polnischen Zeitung“ äußerte sich der polnische Außenminister Jaksell über das Verhältnis Polens zu Deutschland. Die Notwendigkeit einer Friedenspolitik Polens bezieht sich natürlich in erster Linie auf unsere Nachbarn. Im Verhältnis zum Deutschen Reich wird mein Beharren auf die Festigung normaler, nachbarlicher Beziehungen und die Schaffung einer aufrichtig friedlichen Atmosphäre gerichtet sein. Eine solche Festigung der Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich betrachte ich als eine der wichtigsten Garantien des Friedens in Europa. Es ist die Aufgabe aller verantwortlichen Faktoren in den beiden Staaten, dahin zu wirken, daß die öffentliche Meinung in diesem Sinne aufgeklärt wird. Was den Stand der polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen anbelangt, so nehmen die vollkommen sachlich geführten Verhandlungen einen normalen Verlauf. In nächster Zeit gelangt die Frage der Berechtigungen der polnischen und juristischen Personen zur Verhandlung.

* Aufnahme des Postüberweisungsverkehrs mit den Niederlanden. Am 6. Juli wird der Postüberweisungsverkehr mit dem niederländischen Zentral-Postkontor im Haag aufgenommen. Demgemäß können Postbescheidkunden Beträge von ihrem Postbescheidkonto in Deutschland auf ein Postbescheidkonto bei dem Postkontor im Haag und umgekehrt die niederländischen Postbescheidkunden Beträge auf Postbescheidkonten in Deutschland überweisen (in Reichsmark oder in holländischer Währung). Der Betrag der Überweisungen ist nicht begrenzt. Die Gebühr beträgt für je 100 RM. 5 Pfg., mindestens 20 Pfg. Mitteilungen für den Empfänger sind auf dem Abschnitt der Überweisungen nach den Niederlanden zugelassen. Das von dem niederländi-

chen Zentral-Postkontor herausgegebene Verzeichnis seiner Postbescheidkunden, Ausgabe 1924, einschließlich der letzter erschienenen Nachträge, kann durch Vermittlung der deutschen Postbescheidkammer zum Preis von 1 Gulden 75 Cents bezogen werden. Außer mit den Niederlanden besteht Postüberweisungsverkehr noch mit Dänzig, Dänemark, Lettland, Litauen, Lettland, Schweden, Schweiz und Ungarn.

* Die Leipziger Herbstmesse 1928 findet vom 29. August bis 4. September statt. Die Technische Messe mit Vorträgen fällt diesmal mit der Mustermesse zusammen. Sie dauert also ebenfalls bis 4. September. Die in Rahmen der Mustermesse abgehaltenen Textilmesse und die deutsche Schuh- und Ledermesse halten ihre Ausstellungen vom 29. August bis 1. September geöffnet.

* Um das Jüdelösgeld. Den Bemühungen des Reichswirtschaftsrates, des Reichswirtschaftsministeriums und der beteiligten deutschen und jüdischen Interessenten einschließlich der großen Einkaufsgenossenschaft ist es nunmehr gelungen, den Syndikatsvertrag für die Jüdelösgeldindustrie fertigzustellen. Der Vertrag sieht vor, daß alle Produktionsstätten der Jüdelösgeldindustrie, sowie der Verkauf der großen Genossenschaften an die Genossenschaften in einem Verkaufs-Syndikat zusammengeschlossen werden. Ueber die Preisgestaltung sind dem Reich entscheidende Aufschlußbefugnisse überlassen worden. Ferner hat die Regierung ein Zwerggesetz ausgearbeitet, nach welchem neue Produktionsstätten nicht errichtet und die bestehenden nicht erweitert werden dürfen.

Neue Konkurrenz

Falkenstein (Vogtl.): Kaufmann Wilhelm August Paul Kammert, l. No. 7. A. Viehweg Radt, Falkenstein, A. bis 19. Juli. — Freiberg: Schuhwarenhandler Friedrich Paul Schmidt, Freiberg, A. bis 19. Juli. — Großenhain: Mineralwasserfabrikant Karl Hermann Wolf, Großenhain, A. bis 30. Juli. — Reichenbach (Vogtl.): Textilwarenhandler Karl Müller, Reichenbach, A. bis 14. Juli. — Zschopau: Kolonialwarengeschäftsinhaber Olga Marie verheh. Helbig geb. Reinhold, Zschopau, A. bis 31. Juli. — Merseburg: Kaufmann Hans Mühlhölzer, Merseburg, A. bis 10. August.

Geschäftsaufsichten in Sachsen

Paul „Reichsanzeiger“ wurde die Geschäftsaufsicht angeordnet über Dolomiten- und Kurwatengehilfen bei Ernst Martin Götting, Dresden-A., Breite Straße 10. — Elektrotechnikermeister Karl Heinrich Breitfeld, Freiberg. — Kaufmann und Tuchhändler August Paul Rißig, Rammelsdorf.

Orgel-Neu- und Umbauten Elektr. Gebläse
Joseph Schuster & Sohn
Orgelbauanstalt
Zittau i. Sa.
und Reichenberg i. B.

